Mittwoch, den 26. Januar 1921. 93. Jahrgang. — Nr. 21.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Cöln Nr. 41694.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Bezugspreis: In Bochum und Umgebung monatlich 5.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., monatlich 6.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. - Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 40 Pfg., Familienanzeigen 30 Pfg., Stellengesuche 25 Pfg., außerhalb 40 Pfg. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite. für 1 mm Höhe 1,75 Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr 5 Mk. das Tausend. Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Justizminister Dr. Heinze über den Ausbau der Rechtspflege.

Berlin, 25. Jan.

(56. Sitzung des Reichstags.)

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Uebel (Komm.) wird versagt.

Zur Frage, ob dem

Strafverfahren gegen den Abgeordneten Erzberger

stattgegeben werden soll, teilt

Abg. **Kahl** (D. V.) als Berichterstatter mit, daß der Ausschuß sich einstimmig auf Aufhebung der Immunität ausgesprochen habe. Der Ausschuß meine, daß der Grundsatz für Aufrechterhaltung der Immunität nicht schablonenmäßig angewendet werden müsse, sondern unter Berücksichtigung des Einzelfalles, und daß die Immunität nicht Sache des Einzelnen sei, sondern daß das Haus an sich Träger der Immunität sei. Nachdem der Helfferich-Prozeß ergeben habe, daß fünf Fälle auf die Fragen hin nachzuprüfen wären, ob vorsätzlicher Meineid oder fahrlässiger Falscheid vorliegt, erfordert die Würde und Ehre des Hauses die Auslieferung. Auch das Zentrum sei für Genehmigung der Strafverfolgung eingetreten. Das Verfahren soll aber unverzüglich aufgenommen werden.

Das Haus erteilt mit allen Stimmen gegen die der Unabhängigen und Kommunisten die Genehmigung zur Strafverfolgung Erzbergers.

Die Genehmigung zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Abgeordneten Bruhn (D.-Natl.) wird nicht erteilt.

Die Gesetzentwürfe über die vorläufige Regelung des Reichshaushaltsetats für 1920 und die Ergänzungen hierzu werden debattelos an den Ausschuß verwiesen.

Der Reichsjustizetat.

Es folgt die Weiterberatung des Reichsjustizetats und der dazu gestellten Unabhängigen und Kommunisten-Interpellationen wegen der Amnestieerlasse.

Reichsjustizminister Dr. Heinze:

Der Neuaufbau unseres Handels bedingt in erster Linie den

Wiederaufbau der Rechtspflege.

Genau wie wir nach außen den Kampf um unser Recht führen müssen, müssen wir auch im Innern das Vertrauen zum Deutschen Reich wiederherstellen. Die Kriminalität ist gewachsen, und das Volk hat sich dem Rechtsbewußtsein entzogen, weil wir während des Krieges eine Ueberproduktion an Gesetzen hatten und die einzelnen Bestimmungen dem Volke nicht genau bekannt waren. Die Gesetzgebung muß weniger kompliziert gestaltet und zum Teil ganz aufgebaut werden.

Die Moral muß gehoben werden

und das Rechtsbewußtsein dem Volke wieder in Fleisch und Blut übergehen. Die Justizgesetze müssen mit dem Rechtsbewußtsein aber übereinstimmen. Ein Zuviel der Gesetze muß vermieden werden. Die Angriffe gegen

die Praxis der Gerichte

richtet sich kaum gegen die Ziviljustiz, sondern eigentlich gegen die Strafjustiz. Der Fall Marloh ist auf Kriegsgerichtsurteil zurückzuführen. Gegen General Ludendorff hat sich nichts Belastendes ergeben. Gegen Leutnant Vogel usw. ist auf der Grundlage der neuen Aussagen des Jägers Runge ein neues Verfahren eingeleitet worden. Die drei Arbeiter sind verurteilt worden, weil ihre Sache klar lag. Das Kammergericht hat die Amnestie gegen Leutnant Vogel als unzulässig erklärt.

Die Gerichte müssen umgebaut werden, damit sie in eine

Verbindung mit dem Volksempfinden

kommen. Volksrichter halte auch ich nicht für geeignet, denn ein Richter muß doch das Gesetz kennen. Außerdem muß er kühl und unvoreingenommen jeder Sache gegenüberstehen. Das kann der geschulte Richter. Diese Reform muß schon beim Studium beginnen. Namentlich müssen die neuen Rechtsgebiete der sozialen und Arbeiterfragen beim Studium berücksichtigt werden. Wir können auf unsere Rechtsprechung stolz sein, namentlich auf die des Reichsgerichtes. Seine Ueberlastung ist uns der glänzendste Beweis des allgemeinen Vertrauens.

Auf den Entwurf zur

Umgestaltung der Strafrechtspflege,

die seit zwanzig Jahren sich nicht weiter entwickelt hat und die die neue Zeit in Einklang mit den Strafrechtsbestimmungen bringen soll, und auf den Entwurf eines solchen Reichsstrafvollzugsgesetzes rechnen wir gleichzeitig.

Das Bürgerliche Gesetzbuch

wird einschneidende Aenderungen erfahren. Vereinsrecht, Mietsrecht, Dienstvertragsrecht, Mobiliar- und Hypothekenrecht heischen baldige Umgestaltung. Die Gesetze über die Unterhaltung der unehelichen Kinder, über die Vorlegung der Bilanz an die Betriebsräte und über deren Vertretung in den Aufsichtsräten werden dem Hause demnächst zugehen. Im Strafprozeß muß unter Zugrundelegung der bestehenden Gesetze etwas Neues aufgebaut und mit dem Prinzip der Sondergerichte gebrochen werden. Dann lassen sich die Kompetenzstreitigkeiten vermeiden. Enge Verbindung mit dem Leben der Arbeiterschaft wird auch unsere Gerichte zu einem Verständnis der Materie bringen. Deshalb möchte ich vor der Anregung, für die Arbeiter Sondergerichte zu schaffen, entschieden warnen.

Zwischen Prozeß und Rechtsstreitigkeiten muß ein Unterschied gemacht werden. Für minderwertige Angelegenheiten darf nicht der ganze große Instanzenweg zur Anwendung gelangen. Daher muß das einzelne Richtertum mehr ausgebildet und von allen Nebenarbeiten entlastet werden. Auch das Rechtsmittel der Revision muß umgestaltet werden. Die Revision liegt nicht im Interesse des einzelnen, sondern der Rechtspflege. Aber auch bei der Zivilrechtspflege wollen wir gewisse Aenderungen treffen. Eingehende Vorarbeiten sind im Gange. Da die Gerichte aber nicht bis zu jener großen Justizreform warten können, lassen wir dem Hause zunächst eine Entlastungsreform wegen der

Entlastung der Gerichte

vorlegen. Ich bitte, diesem Entwurf nicht aus Parteirücksichten zuzustimmen. Desgleichen wird ein Gesetz über Jugendpflege dem Hause zugehen.

Redner bespricht sodann die Tätigkeit der Wuchergerichte und weist dann die Vorwürfe zurück, daß

die Amnestie

die Linke benachteilige. Nach der Statistik des Reichsgerichts sind die Prozentzahlen der amnestierten Linken höher als die der Rechten. Das Reichsgericht ist von dem Pfade des Rechts in keiner Weise abgewichen. Auf Hochverrat achtet das Reichsjustizministerium genau. Soweit es sich nur um geringfügige Delikte handelt, setzen wir den Reichsanwalt nicht erst in Tätigkeit. Auch die Beziehungen zum Ausland, die Auslieferungsverträge usw. werden Sache des Reichsjustizministeriums sein. Namentlich werden wir unsere Gesetze der österreichischen Justiz anzupassen haben. Was

die Kriegsverbrecher

anbelangt, so sind in 32 Fällen bereits im August Ersuche um Belastungsmaterial an die fremden Regierungen abgegangen. Sobald die Aussagen vorliegen, werden hier neue Schwierigkeiten erwachsen, die wir jetzt noch garnicht übersehen können. Nur England hat bislang seine Fälle erledigt. Die englischen Zeugenaussagen sind aber nicht so abgefaßt, daß sie gerichtlich verwendet werden können. Wir haben uns nun bereit erklärt, einen Vertreter des Reichsanwalts ins Ausland zu senden, um die dortigen Regierungen über die Erfordernisse unserer Prozeßführung aufzuklären. Nach England reist ein Vertreter bereits in den nächsten Tagen ab. Der Vorwurf der Verschleppung trifft uns aber nicht. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Die Aussprache.

Abg. **Radbruch** (Soz.): Die Strafrichter werden leider als Richter zweiten Ranges angesehen. In der Strafrechtspflege werden zum großen Teil die Richter beschäftigt, die in der Zivilrechtspflege nicht genügenden Scharfsinn bekunden. In allen Fällen, in denen ein Abgeordneter beleidigt wird, muß die öffentliche Klage erhoben werden. Die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Strafprozeßordnung werden wir beantragen. Redner möchte vom Reichsjustizministerium wissen, ob denn überhaupt schon ein Kappverbrecher verurteilt worden ist. Können Sie, meine Herren von der Rechten, der langen Reihe Bluttaten gegen Linke gerichtete Persönlichkeiten usw. eine Gegenrechnung von ungesühnten Verbrechen gegen rechtsstehende Persönlichkeiten entgegenstellen? Der Fall der Marburger Studenten wird uns Anlaß geben, bei der Beratung des Reichswehretats eine Neuordnung der Bestimmung über Waffengebrauch und eine Ergänzung der Strafprozeßordnung dahin zu verlangen, daß mehr als bisher die Angehörigen von Getöteten und Verletzten auch als Nebenkläger zugelassen werden. Wir fordern, daß die Berufung der Schöffen und Geschworenen durch Verhältniswahlen erfolgt. Das öffentliche Recht muß den Vorrang vor dem Privatrecht haben. Das volkswirtschaftliche und juristische Studium muß vereinheitlicht werden. Neben der Strafrechtsreform brauchen wir auch dringend eine Strafprozeßreform.

Abg. Dr. **Bell** (Ztr.) tritt besonders für die Reform der Reichspatentgesetzgebung ein. Anstelle des Reichspatentamtes sollte ein Reichsamt für gewerblichen Rechtsschutz geschaffen werden. Der Erfinderschutz muß erweitert werden. Nach zuverlässiger Mitteilung ist beim Gericht in Landau ein Negeroffizier als Beisitzer tätig. Wir müssen schärfsten Protest dagegen erheben, daß ein Angehöriger der schwarzen Rasse über Deutsche zu Gericht sitzt. Den Minister des Innern und den Minister des Aeußern bitte ich dringend, bei der gesamten Entente die nötigen Vorstellungen zu erheben. Bei der Handhabung des Amnestiegesetzes wünsche ich und meine politischen Freunde vollste Unparteilichkeit und Gerechtigkeit nach rechts wie nach links. Unsere deutsche Justiz und Rechtsprechung kann jeden Vergleich mit dem Auslande aushalten. Was die politischen Prozesse anbelangt, so drängen sich die Gerichte nicht danach. (Widerspruch links.) In Beleidigungssachen kommt es den Beteiligten meistens weniger auf die Bestrafung, als auf die Feststellung des Tatbestandes an. In diesem Punkte versagt aber unsere Prozeßordnung. Am besten wäre es, wenn alle geplanten Reformen uns zusammen vorgelegt werden könnten. Die wichtigsten Fragen müßten sofort in Angriff genommen werden. Hierhin gehört auch die Frage einer praktischen Vorbildung unseres juristischen Nachwuchses auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete entsprechend der neuzeitlichen Entwicklung. (Bravo.)

Abg. Dr. **Barth** (Dt. Nat.): Die Zeit scheint uns für die Durchführung der großen Gedanken des Ministers nicht recht geeignet. Das trifft auch für die gestellten Anträge zu. Die Angriffe auf den Minister und auf die Justiz sind so unerhört, daß der Schmutz, der ihnen ausgesprochen wird, unsere Justiz nicht erreichen kann. Sie beschimpfen die Marburger Studenten und vergessen, daß diese nur in restloser Vaterlandsliebe gehandelt haben. Der Redner spricht sich gegen die Schaffung gehobener Reichsstellen aus und verlangt einheitliche Richtlinien. Er verteidigt unter Protest der Linken die bayerischen Volksgerichte und spricht sich für die Beibehaltung der Sondergerichte aus.

Die Wiederherstellungsfrage im Hauptausschuß.

wtb. **Berlin**, 25. Jan. Im Hauptausschuß des Reichstags erklärte bei der Beratung des Haushaltplanes des Auswärtigen Amtes Reichsminister Dr. Simons u. a.: Die Zusammenlegung der Botschaft in Paris und der Friedensdelegation ist in Aussicht genommen. Erforderliche Schritte sind bereits eingeleitet. Der Abbau der Friedensdelegation wird in den nächsten Monaten erfolgen, sobald eine endgültige Uebernahme ihres an sich selbständigen Arbeitsgebietes durch die Botschaft möglich ist. Was die Reform des Auswärtigen Amtes angeht, so hängt ja das Regionalsystem mit der Auflösung der früheren Abteilungen und mit der Gründung der Außenhandelsstellen zusammen. Ein Wechsel in der Verwendung in der Zentrale und in dem entsprechenden Ausland muß stattfinden. In der Frage der Heranziehung von Außenseitern im Innen- und Außendienst des Auswärtigen Amtes ist alles geschehen, was geschehen konnte. Die Verwendung von Außenseitern hat ihre Vorzüge und Nachteile. Die Frage der Kulturpolitik im Auslande wird jetzt besonders sorgfältig verfolgt. Der Minister geht noch auf die Besetzung einiger Auslandsposten ein und wendet sich in seinen Schlußausführungen der Wiederherstellungsfrage zu. Er gibt eine Uebersicht über die bisherigen Verhandlungen und die Gründe, die für das Eingehen auf den Vorschlag einer Festsetzung von 5 Jahresraten maßgebend gewesen seien. Er betonte, daß wir auf die Festsetzung der Gesamtschuldsumme, die Deutschland nach dem Friedensvertrag bis zum 1. Mai erwarten dürfe, nur verzichten können, wenn wir uns vorher mit dem Gegner über die Erleichterungen der uns auferlegten Lasten verständigt haben, über die wir in Brüssel zu verhandeln begannen. Kommt es nicht zu einer Verständigung, über die bekannten Voraussetzungen von der Leistungsfähigkeit Deutschlands und über die Methode der Leistungen, so muß es bei der Festsetzung der Gesamtsumme bis zum 1. Mai sein Bewenden haben, da die deutsche Regierung ein unsinniges Diktat einer unerfüllbaren Verpflichtung vorziehen würde. Auf der anderen Seite dürfte die Regierung nicht versäumen, was der Zusammenarbeit mit den bisherigen Gegnern zur gemeinsamen Wiederherstellung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskraft dienlich sein könnte. Sie müsse ebenso wie ihre Gegner sich durchdringen lassen von dem Bewußtsein der Interessensolidarität.

Die Landtagswahlen in Detmold.

w. **Detmold**, 24. Jan. Bei den Wahlen zum Landtag wurden abgegeben: für die Deutschnationalen 17 600 (bei den Wahlen zum letzten Landtag 18 000), für die Deutsche Volkspartei 15 200 (18 000), für die Demokraten 8800 (8600), für den Gewerkschaftsbund 4900, für die Mehrheitssozialdemokraten 25 400 (23 000), für die Unabhängigen 2400 (6000), für die Kommunisten 3400 Stimmen. Nach diesem Ergebnis ist die bisherige sozialistische Mehrheit gebrochen. Von 21 Abgeordneten entfallen auf die Sozialdemokraten 7, auf die Demokraten 2, auf die Deutsche Volkspartei 4, auf die Deutschnationalen 5, auf die Gewerkschaften 1, auf die Kommunisten 1. Die Unabhängigen gehen ohne Mandat aus. Sie haben ihre Stimmen größtenteils an die Kommunisten verloren. Ein Mandat steht noch aus.

Frauenkandidaturen der Deutschen Volkspartei.

Es sind bisher aufgestellt für den Reichstag: im Wahlkreis 1, 3. Stelle Frau Fritsch, Hausfrau, Königsberg. Für den Landtag: Wahlkreis 2, 5. Stelle Frau Schönherr, Hausfrau, Berlin; Wahlkreis 3, 2. Stelle Frau Garnich, Hausfrau, Charlottenburg; Wahlkreis 7, 4. Stelle Frau Lemcke, Hausfrau, Breslau; Wahlkreis 8, 4. Stelle Frau Schöffer, Hausfrau, Liegnitz; Wahlkreis 11, 4. Stelle Frau Thielemann, Hausfrau, Wittenberg; Wahlkreis 17 und 18 (gemeinsame Listen), 6. Stelle Fräulein v. Kulesza, Volksschullehrerin, Lichtenberg; Wahlkreis 20, 4. Stelle Frl. Thöne, Studienrat Köln; Wahlkreis 21, 5. Stelle Frau Dommerque, Hausfrau, Mayschoß a. d. Ahr; Wahlkreis 22 und 23 (gemeinsame Listen), 4. Stelle Studienrat Dr. E. Kemper.

Die Postgebühren.

Das Mysterium unserer Postverwaltung ist unergründlich. Im Reichshaushalt für 1920 war für die Post ein Fehlbetrag von 2,9 Milliarden Mark vorgesehen. Das schien unerträglich. Wenn die Reichspost schon nicht mehr eine Einnahmequelle für das Reich bedeutet, darf sie keinesfalls auf die Dauer Zuschüsse erfordern. Das Mindeste, was verlangt werden kann, ist, daß die Erträgnisse der Reichspost ihren Aufwand decken. Demgemäß ist auch im vergangenen Jahre der Grundsatz aufgestellt worden, das Defizit einerseits durch Tariferhöhungen, andererseits durch Verminderung der Personalausgaben abzubauen. Offiziös wird nun versichert, daß nach beiden Richtungen der erwartete Erfolg erreicht worden sei. Die Gebührenerhöhung vom April 1920 sollte einen Mehrertrag von anderthalb Milliarden ergeben. Pessimisten hatten dieses Ergebnis angezweifelt; sie dachten, der Postverkehr werde durch die Verteuerung einen stärkeren Rückgang erleiden. Aber die Reichspostverwaltung versichert jetzt, daß das nicht der Fall war, die erwarteten anderthalb Milliarden werden einkommen. Und zugleich erklärt sie, daß die Verminderung der Betriebsausgaben im besten Gange sei. Es ist bekannt, daß die Post — wenigstens vor kurzem noch — ein viel zu großes Personal besaß, und der übermäßige Personalstand verleitet geradezu zu Verminderung der Leistungen. Aber der Personalbestand ist, nach den Mitteilungen der Postverwaltung, im letzten Jahre ausgiebig verringert worden, wenn es auch nicht möglich ist, bei achtstündiger Arbeitszeit mit dem Personal auszukommen, das bei zehnstündiger Arbeit genügt hatte. Die Vorkämpfer für den Achtstundentag hatten freilich immer behauptet — und es war ihr stärkstes Argument — daß Verkürzung der Arbeitszeit zu intensiverer Arbeitsleistung führe und daher rentabel sei. Aber seitdem der Achtstundentag überall eingeführt ist, hat die Arbeitsintensivität überall abgenommen. Nach der Ueberzeugung der Reichspostverwaltung ist alles Erforderliche geschehen, um die Organisation zu vereinfachen; zum Teil ist diese Reform noch im Zuge, und man verspricht uns ihre entschlossene Durchführung. Nur wird bereits heute davor gewarnt, größere Ersparnisse zu erwarten. Im großen Ganzen ist der Abbau der Betriebsausgaben bereits vollendet. Also dürfen wir wohl annehmen, daß das Defizit, da die gewünschten Mehreinnahmen auch wirklich erzielt wurden, demnächst verschwinden wird? Keine Uebereilung! Die Erhöhung der Gehälter und Löhne hat natürlich auch bei der Reichspostverwaltung zu einer starken Ausgabenvermehrung gezwungen. Immerhin sollte man nicht voraussetzen, daß diese Vermehrung nicht bloß ein Mehrerträgnis von anderthalb Milliarden, sondern auch alle Ersparnisse aufzehren könnte, die durch eine gründliche Reform und die Ausmerzung überflüssigen Personals zu erreichen waren. Wenigstens auf eine Verringerung des Defizits durfte man, wenn der Minister Giesberts der richtige Mann am richtigen Platz ist, zuversichtlich rechnen.

Aber die Rechnung stimmt nicht. Das Defizit hat nicht abgenommen, sondern es ist gewachsen. Es wird nicht 2,9 Milliarden, wie im Voranschlag angenommen war, sondern 3½ Milliarden betragen, und für das Jahr 1921 würde es sich auf 4 Milliarden erhöhen, wenn nicht neue Einnahmen geschaffen werden. Wer vermag das zu erklären? Der Reichspostminister gewiß nicht; er betrachtet es offenbar als ein Verhängnis. Er beteuert, alles getan zu haben, was sich tun ließ. Wir haben also bloß die Wahl, entweder den Reichspostminister zu wechseln, was nicht gut angeht, denn parlamentarische Minister sind für ihre Posten bekanntlich nicht durch Fähigkeiten, sondern durch die Stärke der Partei, die hinter ihnen steht, qualifiziert. Oder wir müssen in die Tasche der Steuerzahler greifen und die Postgebühren abermals erhöhen. Das soll auch ganz ausgiebig geschehen: der gewöhnliche Brief soll 60 statt 40 Pfennige, die Postkarte 40, statt 30 Pfennige und das Telegrammwort 30 statt 20 Pfennige kosten. Damit will man Mehreinnahmen in der Höhe von 2 Milliarden Mark herauswirtschaften. Andererseits verheißt man uns weitere Ersparnisse im Betrieb, die den bisherigen Spareffekt noch um einige hundert Millionen übersteigen sollen. Da aber der Fehlbetrag für 1921 bereits auf 4 Milliarden geschätzt ist, sind wir darauf vorbereitet, daß auch nach der neuen Tariferhöhung und nach vollendeter Reform der Verwaltung noch ein ansehnlicher Fehlbetrag übrig bleiben wird. Und wer könnte, nach den Erfahrungen des Jahres 1920 überrascht sein, wenn der Fehlbetrag nicht unter, sondern über der im Voranschlag eingesetzten Zahl stünde?

Rayonsteuer, Reichsnotopfer und Entschädigungsfrage vor den Ausschüssen.

TU. **Berlin**, 25. Jan. Der Steuerausschuß des Reichstags beriet zunächst den Entwurf eines Rayonsteuergesetzes, das den unverblümten Wertzuwachs vom Festungsgelände erfassen will. Die Beratung wird unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich mit der Frage zu beschäftigen.

Bei der Weiterberatung des Entwurfes zum Reichsnotopfergesetz erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth, daß bis zu einem Monat nach der Zustellung des Steuerbescheides die nachweislich selbst gezeichneten Stücke Kriegsanleihe zum Nennwert in Zahlung genommen werden. Für an Abkömmlinge geschenkte Kriegsanleihe soll diese Vergünstigung bei der Zahlung des Reichsnot-

r 1921.
l-Haus
tr. 2
aschine, die
achen
lich Druckschrift
-Vertreter
-Gesellschaft
Hess & Co
riedrichstr. 22
hr Heim
h der
elstelle
Wilhelmspl. 3
ufschlag
lungsweise.
hert das Leben
n Teilzahlungen
für ihn. Nach
lung erhält er
nein kostenlos
ligt.
e Ehemann vor
fpreises, so be-
kauften Sachen
Zahlung
eigen
Art
ürkischen
weitesten
ung.
eichenbach
Wittenerstr. 30
mmt
Fuhren aller Art.
ssel-Transporte.
um Chauffeur
r Bochumer Chauffeur-
straße 45. Eintr. jederzeit
u. Tischlerhölzer
u. Nadelhölzer
plätze mit Bahnanschluß.
nker Sägewerk
Telefon: Bochum 56

opfers nicht eintreten. Etwa zuviel hinterlegte Stücke sollen wieder zurückgegeben werden.

Bei der heutigen Beratung des Haushaltsplanes des Auswärtigen Amts im Hauptausschuß befürwortete Berichterstatter Dr. Hötzsche (D.-Natl.) die Vorlage eines Steuergesetzes über die Gebühren für Pässe usw. Die Reformierung des Chiffrewesens durch Einstellung wissenschaftlich und politisch gründlich vorgebildeter Beamten begrüßt der Berichterstatter. Die angesetzte Forderung für das Nachrichtenwesen sei außerordentlich gering. Frankreich und England gäben bedeutend mehr dafür aus. Zum Schluß fragte der Redner nach der Haltung der deutschen Politik, die nach Zeitungsnachrichten in der Reparationsfrage eine Schwenkung vorgenommen habe, ohne vorher die nötige Fühlungnahme mit dem Parlament hergestellt zu haben. Der Weg, statt der Festsetzung der Gesamtverpflichtung provisorisch über Teilraten zu verhandeln, sei gefährlich und abschüssig.

Nach weiterer Debatte wird die Beratung auf morgen vertagt.

Die Reform der Reichseinkommen-Steuer.

Noch nicht ein Jahr ist das Reichseinkommensteuergesetz, dieser Grund- und Eckstein der Erzbergerschen Steuergesetzgebung in Kraft, und schon zeigen sich auf allen Seiten tiefe Risse und Sprünge, die geradezu nach einem Neuaufbau dieses übereilt zusammengehauenen Steuermachwerkes schreien. In der Zentrums-Parlamentskorrespondenz wird mitgeteilt, daß auch der Reichsfinanzminister sich mit der Absicht trage, eine Entlastung der niedrigeren Einkommen entsprechend der erfolgten Entwertung des Geldes vorzuschlagen und demgemäß einen zeitgemäßen Abbau der Einkommensteuer zugunsten der niedrig bezahlten Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenschaft vorzunehmen. In der Tat liegen die Dinge jedoch so, daß schon bei Annahme des Einkommensteuergesetzes im Reichstage die unteren und mittleren Steuerstufen überlastet waren.

Es ist der Fehler dieser ganzen Steuergesetzgebung, daß sie von rein steuertechnischen Gesichtspunkten ausgeht und die wirtschaftlichen Interessen des Reiches nicht genügend berücksichtigt. Man hat übersehen, daß ein Finanzminister in erster Linie auch ein erfahrener Kenner des deutschen Wirtschaftslebens sein muß, der die Nebeninteressen der Wirtschaft zu würdigen und pfleglich zu behandeln versteht, damit er nicht die Quellen zerstörte, aus denen das zu besteuernde Einkommen und Vermögen fließt. Das tut aber die heutige Steuergesetzgebung, die nur dem steuerfiskalischen Interesse entspricht, aber auf das Wirtschaftsleben überaus hemmend gewirkt hat. Das gilt nicht nur für die Höhe der Steuersätze, sondern für die Grundlagen selbst, auf denen das neue Einkommensteuergesetz aufgebaut ist. Seine Schöpfer glaubten, die Reichskasse am besten füllen zu können, indem sie den Begriff des Einkommens gegenüber der früheren Gesetzgebung so weit als möglich auszudehnen versuchten. So haben sie z. B. alle Gewinne aus einmaligen Veräußerungsgeschäften einfach unterschiedslos für einkommensteuerpflichtig erklärt, ganz gleich, ob der Verkauf zu spekulativen Zwecken erfolgte oder nicht. Wenn jemand einen Gegenstand oder ein Grundstück erwirbt und es nach einigen Jahren wieder veräußert, so ist der erzielte Gewinn ein Vermögenszuwachs, der als solcher versteuert werden muß, aber ganz gewiß kein Einkommen.

Besonders kraß tritt die Unsinnigkeit der Versteuerung von Gewinnen aus Veräußerungsgeschäften als Einkommen natürlich in einer Zeit sinkenden Geldwertes hervor. Wenn jemand einen Gegenstand oder ein Wertpapier erwirbt und dadurch, daß das Geld inzwischen entwertet worden ist, beim Wiederverkauf einen rein zahlenmäßigen Gewinn erzielt, so betrachtet das Reichseinkommensteuergesetz diesen Gewinn als ein Einkommen. Mit Recht hat der Zentralverband der deutschen Banken in einer Eingabe an den Reichstag darauf hingewiesen, daß das, was das Reich heute in solchen Fällen als Einkommen besteuert, nichts anderes als die Illusion eines Gewinnes, in manchen Fällen sogar geradezu einen Verlust darstellt.

In der erwähnten Eingabe wird festgestellt, daß durch diese verfehlte Auffassung des Einkommensbegriffs in der neuen Steuergesetzgebung vielfach wirtschaftlich vorteilhafte Angliederungsverträge, Interessengemeinschaften und dergleichen unmöglich gemacht worden sind. Daß solche Vorschriften, nebenbei bemerkt, immer nur für den ehrlichen Steuerzahler hemmend und belastend wirken, während der unehrliche Spekulant sich leicht darüber hinwegzusetzen versteht, ist nur eine Nebenerscheinung dieser wirtschaftsschädlichen Gesetzgebungsart. Solange so verkehrte Grundsätze der Steuergesetzgebung des Reichs zugrunde liegen, so lange wird auch die Steuermoral immer mehr untergraben werden.

Eine Steuergesetzgebung, die kurzsichtig und ohne Berücksichtigung der Wirtschaftsnotwendigkeiten nur den einen Grundsatz kennt, möglichst viel Geld der Steuerkasse zuzuführen, und sei es auch unter Schädigung des Wirtschaftslebens, wird letzten Endes keinen anderen Erfolg erreichen, als daß sie infolge wachsender Steuerhinterziehungen weniger Einnahmen zugunsten des Reiches erzielt, als sie bei vernünftiger Handhabung der Besteuerung erzielen könnte. Es hat keinen Zweck, dem Reichseinkommensteuergesetz immer wieder neue Flicken und Lappen auf seine Blößen zu setzen. Vielmehr tut eine gründliche Neubearbeitung unter Zuziehung praktisch erfahrener Wirtschafter dringend not.

Die Pariser Konferenz.

w. **Paris**, 24. Jan. Das am Abend ausgegebene amtliche Communique hat folgenden Wortlaut:

In der Sitzung, die von 4—7 Uhr nachmittags gedauert hat, hat die Konferenz die Prüfung der Entwaffnungsfrage Deutschlands fortgesetzt. Sie hat entschieden, daß die Sachverständigen für das Heer, die Marine und die Luftschiffahrt sich morgen vormittag unter dem Vorsitz des Marschalls Foch zusammenfinden sollen, um die Maßnahmen festzulegen, die durch Deutschland getroffen werden sollen, um die vollständige Ausführung der Klausel betreffend die Entwaffnung durchzuführen. Die Sachverständigen sollen der Konferenz alsdann Bericht erstatten. In der morgen vormittag stattfindenden Sitzung wird zunächst über die österreichische Frage gesprochen werden. Alsdann wird man in die Prüfung der griechischen und Orientfrage eintreten.

w. **Paris**, 25. Jan. Wie der Matin mitteilt, haben in der gestrigen Sitzung der Konferenz nach Marschall Foch noch die Generale Nollet und Bingham ihre Ansichten über die Entwaffnungsfrage mitgeteilt, die im ganzen übereinstimmten. Ueber diesen Gegenstand werde eine Diskussion stattfinden. Man kenne zwar die Einzelheiten nicht, aber nach den letzten Mitteilungen der Depeschenagenturen und der englischen Zeitungen könne man voraussehen, daß die englische Regierung nicht abgeneigt sei, den Einwohnerwehren, namentlich denen von Ostpreußen, eine Frist von mehreren Monaten zu bewilligen, die Frankreich für übertrieben halte. Der letzte deutsche Bericht, der angesichts der Gefahr eines bolschewistischen Angriffs den Auflösungstermin hinausschieben wolle, scheint auf Frankreichs Verbündete, insbesondere auf England, Eindruck gemacht zu haben. Auch der Petit Parisien erklärt, das Gerücht sei verbreitet gewesen, die von General Nollet und General Bingham vorgebrachten Ziele hätten voneinander abgewichen. Das Echo de Paris stellt fest, daß man sich gestern über die Entwaffnung Deutschlands nicht verständigt habe. Marschall Foch habe als letzten Termin für die Auflösung den 1. Mai vorgeschlagen. Der Hinweis des Marschalls Foch auf eine eventuelle Besetzung des Ruhrgebiets habe sofortige Bemerkungen Lloyd Georges ausgelöst. Nach einem Blatt hat auch zwischen Briand und Lloyd George nachmittags eine private Unterredung stattgefunden, von der man annehmen kann, daß die beiden Männer nicht gleicher Meinung gewesen seien. Lloyd George vertrete den Standpunkt, daß Deutschland bis jetzt bezüglich der Entwaffnung seine Verpflichtungen annähernd erfüllt habe. Deutschland sei von nun an unfähig, hiernach einen ernsten Angriff gegen die Alliierten zu unternehmen. Die bolschewistische Gefahr sei sicher äußerst ernst und kann nicht vernachlässigt werden. Deutschland könne angesichts dieser Gefahr nicht verteidigungslos bleiben. Die öffentliche Meinung in Bayern verlange Schutz und Sicherheit. Auch sei es etwa gerecht, die Bewohner des Ruhrgebiets dafür zu bestrafen, wenn München einen Fehler begangen habe? Lloyd George sei sogar soweit gegangen, die Frage zu erheben, ob es nach den Erfahrungen von Spaa nicht besser sei, die Deutschen zur Konferenz nach Paris zu berufen, dann könne man besser sich über das Mögliche und Unmögliche entscheiden. Diesen Standpunkt habe Briand energisch abgelehnt. Der belgische Minister für auswärtige Angelegenheiten Jaspar habe sich mit Reserve dem englischen Standpunkt genähert. Graf Sforza sagte, man sollte sich erst über die Grundsätze einigen, bevor man von Vergeltung spreche. Alsdann könne man von der deutschen Regierung die Entsendung von Sachverständigen verlangen. Weder Lloyd George noch Briand hätten diesen vermittelnden Standpunkt angenommen. Um alsdann aus der Verlegenheit herauszukommen, habe man die militärischen Sachverständigen ersucht, einen neuen Bericht auszuarbeiten.

w. **Paris**, 25. Jan. Wie Pertinax im Echo de Paris mitteilt, habe Ministerpräsident Briand bezüglich der Reparationsfrage sein Ansicht dahin geändert, man solle vorerst zwei oder drei Jahreszahlungen der deutschen Verpflichtungen festsetzen.

Ein Führer der Unabhängigen über die Unmöglichkeit der Sozialisierung.

In Wetter a. d. R. ist einer der bekanntesten Führer der Unabhängigen der Arbeiter Ipsen; dieser erklärte dieser Tage in einer Kommissionssitzung betr. den öffentlichen Arbeitsnachweis wörtlich folgendes:

„Es ist ganz klar, daß die Betriebe der Kommunen mit Unterbilanz arbeiten müssen."

Diese Aeußerung war ganz allgemeiner Natur, sie bezog sich also nicht etwa nur auf die örtliche Kommune oder den speziellen Fall. Diese Aeußerung ist deshalb insofern interessant, als damit ein Urteil über die Entwicklungsmöglichkeit der sozialisierten Betriebe überhaupt gesprochen ist.

Lenin tot?

w. **Paris**, 24. Jan. Nach einer Privatmeldung des „Petit Parisien" aus London erhalte sich weiterhin in Finnland das Gerücht, Lenin sei gestorben.

Die Preußenwahl.

Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei.

Bochum, 26. Jan.

Gestern abend fand im Saale des Ev. Vereinshauses eine starkbesuchte Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Es hatten sich zu dieser Versammlung zahlreiche Kommunisten eingefunden, die sich durch Lärm und in der Aussprache bemerkbar machten. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Stadtverordneten Weth erhielt der Abgeordnete und Spitzenkandidat der Deutschnationalen Volkspartei des hiesigen Wahlkreises Rippel das Wort. Nach einem Hinweis auf das düstere und trübe Bild der weltpolitischen und innerpolitischen Lage führte er u. a. aus: Ich halte es nicht für richtig, irgend einen Menschen oder irgend eine Partei herauszugreifen und zu sagen, die und der ist an dem ganzen Jammer und Elend unserer Zeit schuld. Wir alle miteinander, wie wir da sind, welcher Partei wir angehören mögen, tragen ein voll gerüttelt Maß Schuld an dem Elend, in dem wir als deutsches und preußisches Volk sitzen. Wenn ein Volk wie das preußisch-deutsche so tief im nationalen Elend sitzt, dann ist die Voraussetzung dafür, wenn es wieder besser werden soll, daß es versucht, irgend einen Fleck zu finden, wo wir uns alle zusammen einmal wiederfinden und die Hand reichen. Wir hatten vor einigen Tagen die fünfzigjährige Wiederkehr der Gründung des Deutschen Reiches gefeiert; in stiller Beschaulichkeit, zum Teil mit trüben, ernsten Gedanken durchsetzt, den Blick zurückwandern lassen. Das mag gut sein, aber notwendig ist es, daß wir klar erkennen, was ist.

Kunst und Wissen.

Die zweite Seite der Medaille.

Die Intendantenfrage läßt uns nicht zur Ruhe kommen. Nachdem Bochum in voriger Woche eine amtliche Erklärung abgegeben hat, ist Mannheim mit einem gleichen Schritt gefolgt und hat den Mannheimer Blättern über den Lauf der Dinge aktenmäßig Aufschluß gegeben. Diese „Mannheimer Erklärungen" sind am interessantesten im ersten Teil, der vor dem 1. Januar 1921 (dem Antrittstage Dr. Schmitts in Mannheim) spielt. Nicht um Mannheim zu verteidigen, sondern um aus den beiderseitigen Erklärungen ein klares Bild zu bekommen, geben wir aus der amtlichen Mannheimer Darstellung folgendes wieder:

Ehe Dr. Saladin Schmitt die Berufung zum Intendanten des Nationaltheaters Mannheim annahm, unterrichtete er sich — im Juni v. J. — eingehend über den Betrieb und die Verhältnisse unseres Theaters; die Auskunft hierüber wurde ihm teils unmittelbar erteilt, zum anderen wurde er an den damaligen Intendanten Dr. Hagemann verwiesen. Gehalts- und Dienstverhältnisse wurden in den Vorverhandlungen den Wünschen Dr. Schmitts entsprechend geregelt. Der Vertragsabschluß zog sich aber längere Zeit hin, weil Mannheim den Eintritt zum 1. September 1920 wünschte, während Bochum, dessen Theater Schmitt noch 2 Jahre vertraglich verpflichtet war, ihn ursprünglich noch ein weiteres Jahr festhalten wollte. Man einigte sich schließlich darauf, daß Schmitt sein Amt am 1. Januar 1921 antrete; der Magistrat Bochum genehmigte die Lösung des Vertrages auf diesen Zeitpunkt. So wurden nun zwei Verträge am 4. August 1920 abgeschlossen, der eine, nach welchem Dr. Schmitt am 1. Januar 1921 als Intendant eintreten und bis zum 31. August 1923 in dieser Stelle verbleiben sollte, ohne daß andere Kündigungsgründe als jene des Bürgerlichen Gesetzbuches bestehen —, der andere, demzufolge Dr. Schmitt in der Zeit vom 20. August bis 31. Dezember 1920 dem stellvertretenden Intendanten jede mögliche Unterstützung zu gewähren hat.

In Befolgung der im zweiten Vertrag übernommenen Pflichten war Dr. Schmitt vom 21. August bis 16. September und vom 6. bis 14. November in Mannheim tätig.

Er äußerte hierbei dem Oberbürgermeister zwar, daß er das Mannheimer Theater nicht auf jener Höhe angetroffen habe, die er erwartete, niemals aber, daß er seinen Entschluß, hierherzukommen, bedauere. Als Schmitt im November glaubte, daß eine Reihe von Künstlern, die sich weniger gut in das Ganze einfügten, durch andere zu ersetzen seien, wurde ihm kein Hindernis bereitet, vielmehr wurde er gebeten, die Verhandlungen über die Gewinnung der erforderlichen neuen Kräfte einzuleiten.

Inzwischen hatte die Stadt Bochum sich im Oktober 1920 abermals bemüht, eine Verlängerung der Wirksamkeit Schmitts in Bochum bis 31. März 1921 zu erreichen, da ein Ersatz für Dr. Schmitt nicht gefunden sei; Mannheim mußte ablehnen, stellte aber in Aussicht, daß Schmitt auch nach seinem Eintritt bei uns in ähnlicher Weise noch eine zeitlang gleichzeitig für Bochum arbeiten könne, wie er in den Herbstmonaten dies von Bochum aus für Mannheim getan.

Im November verlautete von Plänen einer näheren Verbindung des Bochumer Schauspiels und der Duisburger Oper unter der Leitung Schmitts; dieser hat aber damals in keiner Weise bekundet, daß er diese Tätigkeit anstrebe.

Erst am 19. November 1920 stellte der Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg gelegentlich einer Sitzung des Deutschen Städtetages an den Mannheimer Oberbürgermeister die mündliche Frage, ob Mannheim wohl einer Lösung des Vertrages für Dr. Schmitt zustimmen werde; diese Frage wurde verneint. Am 29. November hatte dann Oberbürgermeister Kutzer Gelegenheit, mit Dr. Schmitt zu sprechen; dabei wurde, wie Schmitt selbst unterm 8. Dezember in einem Brief an Kutzer schrieb, die Angelegenheit Bochum-Duisburg „kurz gestreift"; aber Schmitt erklärte damals, er sei fest überzeugt, daß dieses Unternehmen nicht zustande komme, und so sei die Frage seiner Beteiligung gegenstandslos. Erst in dem eben erwähnten Brief vom 8. Dezember teilt Schmitt dem Oberbürgermeister mit, daß wider Erwarten die Stadt Duisburg sich zu einer Vereinigung mit Bochum entschlossen und ihm die gemeinsame Intendanz ihrer Bühne übertragen haben. An diesem „Projekte" locke ihn, daß ganz besonders gute Umstände zusammenkommen, um künstlerisch vollwertiges zu schaffen; auch sei ihm ein viel höheres Gehalt geboten, als in Mannheim. Er sehe aber ein, daß eine einmal übernommene Verpflichtung verbindlich sei; er werde also, wenn Kutzer glaube, daß eine Vertragslösung unter keinen Umständen angängig sei, sein Wort halten. Der Brief, ist ausdrücklich als ein persönlicher Brief erklärt worden. Kutzer antwortete in einem freundschaftlich gehaltenen Schreiben ablehnend. Schmitt hatte versprochen, zur Beratung des Theteretats, die am 7. Dezember im Bürgerausschuß stattfand, hierher zu kommen; er entschuldigte sich aber telegraphisch wegen Grippe. Am 19. Dezember richtete Dr. Schmitt an den Oberbürgermeister ein weiteres Schreiben, das man vielleicht als Bitte um Lösung des Vertrages bezeichnen kann; er wies wieder auf den großen Wirkungskreis, auf die künstlerische Bewegungsfreiheit, auf verlockende „äußere und innere Bedingungen" hin. Er legte die ganze Sache in die Hand des Oberbürgermeisters; „den Rücktritt mit einer Kränkung Ihrer Stadt oder des Theaters erkaufen, das kann und will ich nicht; kann man aber die Lösung als eine in der Natur der Dinge liegende ansehen, so bitte ich, meinen Antrag auf Lösung dem Stadtrat weitergeben zu wollen."

Am 22. Dezember teilte der Oberbürgermeister nochmals in durchaus versöhnlichem Tone mit, daß der Stadtrat aus sachlichen Gründen die Vertragslösung abgelehnt habe; Schmitt wurde ersucht, umgehend zu bestätigen, daß er sein Amt am 1. Januar 1921 vertragsmäßig antreten werde. Am 25. Dezember wurde Schmitt telegraphisch gemahnt, worauf er antwortete, er wolle seinen Kontrakt nicht umgehen, wohl aber seine Mannheimer Verpflichtung freundschaftlich lösen. Am 26. Dezember wurde dieses Telegramm vom Oberbürgermeister entschieden ablehnend beantwortet.

Am 27. Dezember schrieb Schmitt, daß ein Vertragsbruch für ihn nicht in Frage komme, er wiederhole aber seinen Antrag um Lösung. Das angebotene neue Arbeitsfeld locke ihn mehr als das Mannheimer und viele Möglichkeiten, die ihn persönlich „zur Auswirkung reizen".

Am 28. Dezember lehnte der Stadtrat einstimmig das Gesuch Schmitts ab; dies wurde Schmitt sofort telegraphisch bekanntgegeben.

Am 31. Dezember teilte Schmitt mit, daß er den Gedanken einer Vertragslösung nicht ruhen lasse, die von ihm klar erkannten und gewollten künstlerischen Ziele ließen sich im Plane der Städtevereinigung Bochum-Duisburg in ganz anderem Umfange verwirklichen, als augenblicklich in Mannheim, und so liege es in aller Interesse, wenn man ihn für dieses Projekt freigebe. Der Brief enthält dann zum erstenmale den Hinweis darauf, daß Schmitt am 12. September dem Oberbürgermeister geäußert habe, Mannheim vermöge ihn künstlerisch wenig zu befriedigen — was in dieser Form ganz unrichtig ist. — Auch berief sich Schmitt plötzlich auf eine angebliche Erklärung des Oberbürgermeisters, daß „wenn Schmitt sich in aller Deutlichkeit für ein anderes Theaterprojekt erkläre, der Mannheimer Stadtrat wohl geneigt sein werde, ihn ziehen zu lassen." Gegen diese grobe Unterstellung legte der Oberbürgermeister sofort Verwahrung ein.

Weiter heißt es in der Erklärung:

Dr. Schmitt hatte, was ihm zum schweren Vorwurf gemacht werden muß, die Bemühungen, die er versprochen hatte und zu denen er vertraglich verpflichtet war, für die ausscheidenden Mitglieder unseres Theaters Ersatzkräfte zu beschaffen, eingestellt; er hatte zwar Verhandlungen angebahnt, diese aber zugunsten seines Duisburger Projektes verwertet und dies in seinem Schreiben vom 31. Dezember damit zu erklären versucht, daß die Künstler ja mit ihm abschließen wollten, nicht mit Mannheim; überdies habe er sich persönlich ganz auf ein „anderes Theaterprojekt" eingestellt.

Zu dieser Sache ist von anderer Seite bereits berichtet worden, daß es sich hierbei um die Verpflichtung von Sophie Wolf von der Kölner Oper handelt, die sich nur unter der Bedingung für Mannheim habe verpflichten wollen, wenn Dr. Schmitt die dortige Intendantur übernehme; in einem zweiten Fall handelt es sich um die Verpflichtung eines Tenors, der auch habe durchblicken lassen, daß er dorthin wolle, wo Schmitt sei. Im übrigen sollen die Kräfte in Mannheim nicht ausgeschieden sein.

Aus den sich zum Teil direkt widersprechenden Erklärungen ein klares Bild zu bekommen, ist nicht möglich. Immerhin kommen wir von dem Eindruck nicht los, daß man sich für das Bochum-Duisburger Projekt Sicherungen hätte verschaffen müssen, ehe man es auf der Grundlage der Intendantur Dr. Schmitts aufbaute. Daß diese Sicherungen nicht eingeholt wurden, geht aus den beiderseitigen Erklärungen zweifelsfrei hervor. △

und was uns not tut, wenn es wieder aufwärts, bergan mit uns gehen soll, auch in nationaler Beziehung. Wir sind ein Bettlervolk geworden, aber gibt es nicht auch einen Bettlerstolz, gibt es nicht auch einen Stolz, der berechtigt, im Elend den Kopf hoch zu tragen? Haben wir es nötig, uns andauernd zu beugen und zu kriechen? Wir wollen unter allen Umständen darauf halten, daß das Weltgewissen nicht nur spricht, wenn es gegen uns spricht, sondern auch dann sprechen darf, wenn es für uns spricht. Daß man einem Volk die Waffen nehmen kann, mag berechtigt sein. Aber, wenn man uns jahrelang, nachdem wir entwaffnet, nachdem der Friede geschlossen ist, durch willkürliche Maßnahmen die Lebensbedürfnisse vorenthält und raubt, dann müssen wir uns fragen, welche Mittel gibt es, um derartige Mißstände zu beseitigen. Wir Deutschnationalen stehen auf dem Standpunkt, daß wir uns zuerst auf uns selbst besinnen müssen und die Einheitsfront aller nationalgesinnten Männer und Frauen festigen müssen, die sich die Hände reichen, auch über Parteizäune hinweg. Ich denke, daß der Gesundungsprozeß begonnen hat, auch wenn viele anderer Meinung sind. Es geht eine Ernüchterung durch unser Volk. Viele, viele haben erkannt, daß es, wenn wir dem Phantom des internationalen Gedankens weiter nachjagen, immer mehr mit uns in Sklaverei, in Not und Elend geht. Und wenn wir die hinter uns liegenden Wahlen seit dem Tage der Revolution uns einmal näher betrachten, dann sehen wir diese erfreuliche Besserung, die Rückkehr zur Vernunft, zur Ruhe und Besonnenheit, und ich hoffe, daß die kommende Wahl am 20. Februar dieses selbe Merkmal zeigen wird. Vom Reich und von der Reichsregierung haben wir nicht allzuviel zu erwarten; ich glaube, es wird wieder einmal Preußens historische Aufgabe sein, dem Deutschen Reich das Rückgrat, die Kraft zu geben, die uns wiederschafft den Geist der Ordnung, des Pflichtbewußtseins, der Sitte, der Moral und des Christentums. Wenn wir in Preußen-Deutschland den Geist der Zucht und Ordnung in allen Betrieben des Staates und der Kommunen fordern, dann denken wir keineswegs daran, jetzt alles, was in der Vergangenheit an staatlichen Einrichtungen vorhanden war, wieder einzuführen. Aber man kann neue Formen mit gutem, reinem, solidem deutschem Geist füllen, mit dem Geist der Ordnung, der Sitte und der Gerechtigkeit.

Der Redner streifte dann die Frage der Sicherheitspolizei und der Selbstschutzorganisationen und zeigte, wie notwendig sie sind gegenüber der weiten Verbreitung des Verbrechertums und der Unruhestifter. Solange wir eine Ordnung und eine so starke Schutzpolizei notwendig haben, ist eine nationale Gesundung nicht möglich. — Das preußisch-deutsche Volk muß gegenüber den großen Wirtschaftsfragen eine klare Stellung einnehmen. Wir müssen uns freihalten von allen Experimenten und in diesen Fragen einen nationalen Standpunkt einnehmen, müssen rein nationale Wirtschaftspolitik treiben. Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, die geeignet sind, unser darniederliegendes Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. Der Redner ging dann dazu über, die Tätigkeit der sozialistischen preußischen Minister, insbesondere des Landwirtschaftsministers Braun, scharf zu kritisieren. Er wies dann ferner auf die Korruption hin, die von gewissen Kreisen, welche zur Regierung sehr gute Beziehungen unterhalten, ausgeht (Sklarz, Parvus-Helphand usw.). Solange es in unserem Volke noch möglich ist, daß ein Geist herrscht, wie er sich zeigt in dem üppigen Schlemmerleben vieler Tausender, die da glauben, sie hätten es dazu, solange wird es nicht besser. Auch nicht, solange wir es dulden, daß ältere und jüngere, meistens jüngere Elemente in unserem Volksleben glauben, alle Dinge des öffentlichen Lebens mit Terror und Gewalt erpressen zu können, solange sie glauben, sie hätten ein Recht, sich der öffentlichen Ordnung und Disziplin, der öffentlichen Sitte und Moral zu entziehen. Wenn wir alle miteinander uns nicht bekennen zu dem alten Geiste deutscher, preußischer Tradition, der in der Arbeit eine Ehrenpflicht sah und nicht die Schufterei, der in der Ehrlichkeit nicht einen Ruhmestitel, sondern etwas Alltägliches sah, und wenn wir uns nicht zurückfinden zu den alten Grundsätzen und Grundrechten des Christentums, dann wird es in unserem Volke nicht besser werden.

In Abwehr eines Angriffes der „Kölnischen Zeitung" erklärte der Redner: Wir Deutschnationalen sind vom ersten Tage bis zu dieser Stunde bereit gewesen, mit allen, die ernstlich wollen, eine Einheitsfront zu bilden, um unser Volk wieder auf den Weg der Gesundung zu bringen, zusammen zu gehen. Wir haben unser Ordnungsprogramm nicht zurückgezogen, sondern erklären auch heute noch: „Wir haben durch dieses Programm der Ordnung eine Basis geben wollen, auf die auch andere Parteien treten können, ohne von ihrer parteipolitischen Ueberzeugung etwas aufzugeben. Wir selbst haben parteipolitische Forderungen zurückgestellt, um ein Programm der Ordnung und des Wiederaufbaues zu geben, um möglichst weite Kreise und viele Parteien zu finden, die dies mitmachen, nicht unter Führung der Deutschnationalen, denn darauf kommt es nicht an, sondern nur darauf kommt es an, daß möglichst alle Kräfte sich in den Dienst eines solchen gemeinsamen Programms der Ordnung und des Wiederaufbaues zusammenfinden.

Wenn wir aus alle dem Jammer und der Not dieser Zeit heraus wollen, dann müssen wir uns frei machen von kleinlichen Vorurteilen, dann müssen wir versuchen, alle Fragen des politischen und geistigen Lebens von höherer unparteiischer Warte aus zu betrachten, und wir müssen versuchen, den Weg zu finden, der uns zu einer wahren Volksgemeinschaft führt. Daß wir diesen Weg zur Volksgemeinschaft finden, dazu soll auch am 20. Februar die Wahl dienen, und ich bitte Sie alle recht herzlich und dringend, machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch, gehen Sie mit Ihrem Gewissen zu Rate und dann wählen Sie nach Ihrer Ueberzeugung, so werden wir aus der Masse eine Volksgemeinschaft wählen. —ck—.

Kleine Nachrichten.

w. **Paris**, 24. Jan. Nach einer Meldung aus Madrid hat das Ministerium demissioniert.

London, 24. Jan. Nach einer Reutermeldung aus Memphis in Tennessee sind bei einer furchtbaren Explosion eines Petroleumbehälters über 20 Personen ums Leben gekommen. Zahlreiche Personen wurden verwundet.

Handel und Industrie.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.

Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.

Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.

Wir sind unter Vorbehalt für

Kohlenwerte

Name	Käuf.	Verk.	Name	Käuf.	Verk.
Adler	84000	85000	Graf Schwerin	96000	105000
Admiral	—	17000	Heinrich	25000	28000
Blankenburg	19500	20500	Helene & Amalie	119000	121000
Carl Friedrich	12500	13200	Johann Deimelsberg	85000	86000
Caroline	20000	—	König Ludwig	20800	208000
Carolus Magnus	24000	27000	Langenbrahm	48500	50000
Constantin d. Gr.	280000	285000	Lothringen	—	300000
Diergardt	45000	48000	Lothringen Akt.	385	395
Ewald	180000	185000	Mansfeld	4550	4650
Fr. Vogel u. Unverh.	—	—	Moers	25500	26500
Fröhl. Morgensonne	71000	73500	Oespel	—	—
Glückaufsegen	26000	28000	Schürb. & Charlottb.	18000	—
Gottessegen	21000	22000	ver. Trappe	—	16500
Graf Bismarck	170000	180000	Wilhelmine Mevisen	35000	36000

Braunkohlenwerte

Bruckdorf-Nietleb.	34000	38000	Michel	38000	40000
Düren	19000	—	Oscarssegen	5900	6100
Gute Hoffnung	22000	2800	Vesta	29500	30500
Leonhardt	38500	40500	Zukunft Akt.	310	350

Kaliwerte

Alexandershall	70000	71000	Hindenburg	32000	34000
Asse	27000	28000	Hüpstedt	18500	19500
Bergmannssegen	40500	44000	Johannashall	18500	—
Burbach	60000	65000	Kaiseroda	63000	65000
Carlsfund	24500	—	Königshall	33000	34500
Carlshall	15000	16000	Marie	18000	—
Diesdemona	23000	26000	Marie-Luise	18000	—
Einigkeit	2750	2850	Max	2000	—
Ellers	15000	—	Meimershausen	48000	53000
Felsenfest	19000	20000	Neurode	19000	21000
Friedrichroda	11500	12000	Prinz Eugen	—	—
Fürstenhall	15000	16000	Ransbach	13500	14500
Gebra	41000	42000	Rothenberg	8700	8800
Glückauf-Sondersh.	65000	6700	Salzmünde	—	25000
Großh. Wilh. Ernst	20000	20800	Siegfried I	—	—
Günthershall	—	19500	Thüringen	11000	12000
Hansa-Silberberg	—	—	Volkenroda	85000	86000
Heiligenroda	62000	64000	Walbeck	24000	25000
Heimboldshausen	18000	14000	Wilhelmshall	4000	45000
Heringen	24000	25000	Wintershall	265000	269000

Kali-Aktien

Adler Stamm-Akt.	—	825	Krügershall-Akt.	330	400
Hallesche Kali-Akt.	—	885	Ronnenberg-Akt.	870	875
Heldburg-Akt.	290	300	Salzdethfurt-Akt.	—	—
Justus-Akt.	275	285	Siegmundshall-Akt.	655	665

unnotierte Werte

Becker Stahlw.-Akt.	290	295	Dort. Ritterbrau. A.	330	340
Benz alte Akt.	260	265	Haibach Masch.-Akt.	250	260
Benz, junge Akt.	—	—	Ludwig-Ganz	—	—
Brückb. Fiend.-Akt.	430	440	Kabelw. Rheydt-Akt.	410	440
Deutsch. Masch-Akt	350	355	Rh.-W. Elektr.-Akt.	—	—
Eisenh. Westfalia	—	—	Uerding. Wagg.-Akt.	—	—
Elitewerke-Akt.	275	285	Weyersb. Kirschb. A.	—	—

Berliner Börsenkurse.

vom 25. Januar 1921.

	Div.	24. 1.	25. 1.		Div.	24. 1.	25. 1.
Com.-u. Privatb.	9	218,50	215,50	Gelsenk. Eisenw.	25	—	—
Darmst. Bank	8	184,—	184,—	Gelsenk. Bergw.	11	357,—	345,25
Deutsche Bank	10	350,—	308,—	Gelsenk. Gußst.	10	520,—	—,—
Disk.-Ges.-A.	9	246,—	243,—	Hamb. Paketf.	—	188,—	185,—
Dresdner Bank	9	219,50	217,—	Harp. Bergw.	12	493,—	479,75
Ess. Cred.-Anst.	9	191,75	190,25	Hasp. Eis- u. St.	20	—,—	—,—
Mitteld. Cred.-B	9	182,50	182,50	Höchster Farben	14	424,—	408,—
Pr. Centr.-Bod.	8½	172,50	172,—	Hösch. Stahlw.	24	775,—	749,50
Reichsbank	8,79	151,—	150,50	Köln-Neuessen	15	399,—	388,—
Rh.-W. Bd.-Cr.	6	184,—	180,50	König Wilh. ev.	12	688,—	671,—
Boch. Viktoria	12	—,—	370,—	" St.-Pr.	12	770,—	—,—
Schlegel Boch.	15	—,—	—,—	Königsborn	12	749,50	725,—
Allg. Elektr.-G.	10	309,—	303,75	Küppersbusch	15	429,50	425,—
Arenberg	15	1090,—	1045,—	Laurahütte	20	341,—	330,—
Bad. Anilin	18	538,50	525,—	Magdeb. Bergw.	25	—,—	—,—
Balcke Masch.	20	581,—	580,—	Mannesmann	20	601,—	600,—
Baroper Walz.	50	1025,—	985,—	Mark Zement	25	499,—	496,50
Bismarck-Hütte	28	—	575,—	Mülh. Bergw.	11	480,—	465,—
Boch. Bergw.		—,—	—,—	Nordd. Loyd	—	189,55	188,⅞
Boch.-Gels. Str.	9	112,—	—,—	Orenstein-Kopp.	16	571,20	550,—
Boch. Gußstahl	15	487,½	475,—	Phönix Bergw.	20	601,50	580,—
Concordia Berg.	42	407,—	406,—	Prinz Heinr.-B.	—	—,—	—,—
D.-Lux. Bergw.	3	345,—	333,—	Rh. Braunkohle	40	725,—	700,—
Deutsche Kali	25	400,—	396,—	Rh. Stahlwerk.	20	580,—	558,50
Dittmann Neuh.	30	813,—	818,—	Siemens-Halske	14	330,—	322,—
Dürkopp	20	66,—	540,—	Westf. Draht	5	270,—	265,—
Elberf. Farben	18	449,—	440,—	" Eis. u. Draht.	20	435,—	425,—
Essener Steink.	12	443,—	405,—	Wicking Zem.	45	374,—	360,—
				Wittener Gußst.	30	—,—	—,—

* **Berlin**, 25. Jan. Börse. Wesentliche Besserung des Markkurses in Newyork und die darauf heute erfolgte Abschwächung der hiesigen Devisenkurse veranlaßten in allen Industriepapieren Abgaben, die je nach der spekulativen Betätigung in den einzelnen Werten mehr oder weniger Kursrückgänge zur Folge hatte. Dabei konnte keineswegs von einem übermäßigen Verkaufsdrang gesprochen werden. Aber der Mangel an Käufer brachte es mit sich, daß die angebotene Ware nur zu wesentlich ermäßigten Kursen Aufnahme fand. Banken waren besser gehalten, und der Anlagemarkt wurde von einer festen Tendenz beherrscht, offenbar, weil sich das Kaufinteresse diesen Papieren wieder zuwandte. Namentlich Deutsche Anleihen und preußische Konsols zogen hieraus Nutzen.

* **Kölner Bankennotenkurse vom 25. Jan.:** England 215—218, Frankreich 415½—418, Brüssel 433—434, Holland 1880—1930, Rumänien 81 bis 83, Dollar-Kabel 55¼—56½, Dollar-Noten 57.

* **Verkehrssperre und Verminderung der Wagengestellung.** Aus Essen, 25. Jan., wird gemeldet: Durch den außergewöhnlich niedrigen Wasserstand des Rheines hat ein großer Teil der auf dem Wasser beförderten Frachten auf die Bahn übernommen werden müssen. Da der Güterverkehr in den letzten Monaten außerdem besonders stark war, so traten in der Förderung aus dem Ruhrbezirk nach Süden und Westen erhebliche Schwierigkeiten auf, die sich in einer starken Anfüllung des Ruhrbezirkes mit Frachten bemerkbar machten. Wenn das Wasser im Rhein auch im Steigen begriffen ist und nach und nach der Verkehr auf den Wasserweg zurückgelegt wird, so ist es doch trotz angestrengtester Anspannung bis jetzt nicht möglich gewesen, die Schwierigkeiten vollständig zu überwinden und die hohe Zahl von Wagen durch vermehrte Abfuhr herabzumindern. Um den Betrieb möglichst bald wieder flüssiger zu gestalten, mußte sich die Eisenbahn-Verwaltung für kurze Zeit zu einer ausgedehnten Verkehrssperre und zu einer Verminderung der Wagengestellung entschließen, indem sie hierbei von dem Gedanken ausging, daß die durch diese Maßnahmen erzielte glattere und pünktlichere Abwicklung des Betriebes der Gesamtheit in Kürze zugute kommen wird.

* **Ueber die Wirkungen des Preisabbaues am Weltmarkt** auf die deutsche Eisenindustrie schreibt die Deutsche Bergwerkszeitung, daß durch den Preisrückgang für Eisenerzeugnisse die deutsche Eisenindustrie bei ihren hohen Selbstkosten in eine große Gefahr geraten ist. Infolge der Valutabesserung werde schon bald der Punkt erreicht sein, wo die deutsche Industrie aufhört, exportfähig zu sein. Die gleichzeitige Herabsetzung der Inlandspreise rücke schon heute die Gefahr in den Vordergrund, daß die Werke mit Verlust arbeiten und zu Betriebsstillegungen in absehbarer Zeit schreiten müssen. Die Deutsche Bergwerkszeitung weist insbesondere auf die Bedeutung des Lohnproblems hin. Bei weiteren Preisrückgängen werde auch ein Abbau der Löhne unvermeidlich sein. Die Arbeiterschaft werde gut tun, sich der Eventualität eines Lohnabbaues schon heute durch den Kopf gehen zu lassen, damit sie später dem Problem nicht gänzlich unvorbereitet gegenüber stehe.

* **Deutsche Bank, Berlin.** In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats der Deutschen Bank berichtete der Vorstand über die Entwicklung des Geschäfts im ersten Semester 1920. Die Umsätze sind auf allen Konten außerordentlich stark gestiegen, und dementsprechend auch die Gewinne erheblich gewachsen. Auf der anderen Seite haben auch die Handlungsunkosten bereits für das erste Semester 1920 eine solche Höhe erreicht, daß sie über die Ausgaben für das volle Jahr 1919 weit hinausgehen. Die Steigerung aller Ziffern ist eine Folge der fortwährend zunehmenden Inflation. Im zweiten Semester 1920 ist eine weitere Erhöhung eingetreten.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Vor der Abstimmung in Oberschlesien.

Zuversichtliche Stimmung der deutschen Bevölkerung. — Scharfe Maßnahmen für die Sicherheit der Abstimmenden.

w. **Berlin**, 25. Jan. Der Minister Simons empfing einen Vertreter des Wolffbüros zur Aussprache über die Abstimmung in Oberschlesien. Der Minister sagte u. a.:

Nach den letzten aus Oberschlesien eingelaufenen Nachrichten ist die Stimmung der deutschen Bevölkerung zuversichtlich; überall herrscht die Ueberzeugung, daß bei einer dem Friedensvertrag entsprechenden, also bei einer geheimen und unbeeinflußten Abstimmung der gesunde Sinn der Bevölkerung zu einem Votum für Deutschland führen wird. An dringenden Vorstellungen der Bevölkerung Oberschlesiens über die Unsicherheit in den Grenzgebieten, über den mit den brutalsten Mitteln arbeitenden Terror und über die geheimen Machenschaften gewisser polnischer Kreise hat es nicht gefehlt. Auch die deutsche Regierung hat hierüber ausführlich mit überzeugendem Material versehene Darlegungen gegeben. Deshalb erwartet man mit Bestimmtheit, daß die interalliierte Kommission sofort alle Machtmittel anwenden wird, geordnete Zustände wiederherzustellen. Zu diesem Zweck muß in erster Linie die Grenze gegen Polen abgesperrt werden und gegenüber dem gemeinen polnischen Verbrechertum im Abstimmungsgebiet sowie gegen alle Versuche, durch Einschüchterung die Vorbereitungen zur Abstimmung und das Abstimmungsergebnis zu fälschen, rücksichtslos durchgegriffen werden. Ich hoffe, daß die interalliierte Kommission, die ihre Vorrechte in Oberschlesien stets zu wahren bestrebt war, auch diese Pflicht mit allem Ernst und Nachdruck erfüllen wird. Es liegen Anzeichen vor, daß sie mit scharfen Maßnahmen vorgehen wird, sodaß der Erfolg nicht ausbleiben kann. Die Reichsregierung wird es auf jeden Fall an nichts fehlen lassen, um die Herbeiführung geordneter Verhältnisse zu erwirken und eine ruhige Abwicklung zu sichern. Die Pflicht der abstimmungsberechtigten deutschen Bevölkerung ist es, ihrerseits zu helfen, die Abstimmung zu einem guten Ende zu führen. Der Termin für die Einschreibung in die Listen ist sehr knapp bemessen. **Es darf keine Stunde für die Anmeldung verloren gehen. Wer eine rechtzeitige Anmeldung unterläßt, verliert jede Möglichkeit, an der Abstimmung teilzunehmen, und es wird ihn der Vorwurf treffen, seine Heimat in der Schicksalsstunde im Stich gelassen zu haben.**

Ergänzende Bestimmungen.

w. **Beuthen**, 25. Jan. Die Regierungskommission in Oppeln hat folgende für die Abstimmung wichtige Entscheidungen getroffen, die den beiden Vertretern des deutschen und des polnischen Plebiszitkommissariats mitgeteilt wurden und die sie ermächtigt, die Bestimmungen zu veröffentlichen:

1. Alle Stimmberechtigten der Kategorie b) (gebürtige, aber nicht ansässige Personen) erhalten von dem paritätischen Ausschuß eine Benachrichtigung, ob sie in die Stimmlisten eingetragen sind oder nicht, und zwar durch die Post gegen Rückschein. 2. Für die Schreibweise der Namen wird am besten der auf der Geburtsurkunde gewählt. Im übrigen sollen die paritätischen Ausschüsse in dieser Frage nicht peinlich genau, sondern entgegenkommend sein. Es soll ausreichen, wenn durch die Schreibweise der Klang des Namens wiedergegeben ist. 3. In dem Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten (Kategorie b), Anlage 1 der Vorlisten-Vorschriften) ist unter Nr. 15 anzugeben das Datum, an dem der Stimmberechtigte seinen Wohnort in Oberschlesien verließ. Eine ungefähre Angabe des Zeitpunktes genügt, wenn eine genauere Angabe nicht möglich ist. Der Service du plébiscite ist damit einverstanden, daß die Anträge der Abstimmungsgäste durch die Organe des deutschen und des polnischen Plebiszitkommissariats dem paritätischen Ausschuß übermittelt werden.

Der Reichspostminister über die neuen Gebühren.

Die letzte Erhöhung der Portosätze. — Weitere Heraufsetzung der Fernsprechgebühren.

w. **Berlin**, 25. Jan. In einer Unterredung, die der Reichspostminister mit einem Mitarbeiter des Achtuhr-Abendblattes hatte, erklärte er, daß er geneigt sei, im Brief- und Drucksachenverkehr eine Zwischenstufe zuzulassen, bezw. eine Kostenverringerung auf die vorgeschlagenen Gebühren zu gewähren. So konnte z. B. bei Briefen von 20 bis 80 Gramm eine Gebühr von 80 Pfennig zwischen die Sätze von 60 Pfg. und 1,20 Mk. eingeschoben werden. Im Interesse der Oeffentlichkeit und vor allem des deutschen Handels habe er den Vorschlag gemacht, die auf 20 und 40 Pfennig festgesetzten Gebühren für Drucksachen auf 15 bezw. 30 Pfennig herabzusetzen. Der Minister sah nach Meinung des Berichterstatters mit großer Zuversicht in die Zukunft des Postwesens. **Er ist überzeugt, daß diese Erhöhung der Porto- und Telegraphengebühren die letzte sein werde. Die Fernsprechgebühren müssen nach Ansicht des Ministers demnächst wiederum erhöht werden, weil die Erhaltung des Telephonverkehrs im ganzen Reiche ungeheure Kosten beanspruche.**

Weitere Todesopfer des Grubenunglücks bei Oelsnitz.

w. **Oelsnitz**, 25. Jan. Von den im Krankenhaus befindlichen 28 verletzten Bergleuten sind 6 ihren Verletzungen erlegen. Bei mehreren anderen sind die Verletzungen ebenfalls tödlich.

Die amerikanischen Milchkühe.

w. **Bremen**, 25. Jan. Der Dampfer Westarrow mit dem ersten Transport amerikanischer Milchkühe ist am 20. Januar von Norfolk abgegangen, um direkt nach Bremen zu fahren. Er wird voraussichtlich am 4. Februar in Bremerhaven eintreffen. Dem Vernehmen nach haben sich amerikanische Farmer und Studenten freiwillig zur Verfügung gestellt, um den Transport zu begleiten und für eine gute Pflege der Tiere zu sorgen.

Internationale Bergarbeiterkonferenz.

Hue und Husemann über die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich. — Eine Entschließung über Sozialisierung.

w. **London**, 25. Jan. Auf einer gestern abgehaltenen Versammlung des Zentralkomitees des Internationalen Bergarbeiterverbandes wurde die allgemeine Kohlenlage in Europa im Zusammenhang mit der Depression im Handel erörtert. Den Vorsitz führte Smillie. Vertreten waren England, Frankreich, Belgien, Deutschland (durch Otto Hue und Husemann) und die Tschecho-Slowakei. Die vorgelegten Berichte über die Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern zeigten, daß die Depression im Handel eine allgemeine Erscheinung ist und daß an vielen Mittelpunkten Kohlenvorräte angehäuft sind. In Deutschland arbeiten die Bergarbeiter 3½ Stunden Ueberschichten an zwei Tagen der Woche, um den Bedingungen des Spaa-Abkommens nachzukommen. Die deutschen Delegierten berichteten, daß der von Frankreich für die Kohlen gezahlte Preis geringer ist als der Weltmarktpreis. Sie erklärten, daß die 5-Goldmarkprämie, die zur Aufbesserung der Versorgung der Bergarbeiter mit Kleidung und Lebensmitteln verwendet wurde, Ende dieses Monats aufgehoben werden soll. Heute wird die Gesamtfrage der deutschen Kohlenlage erneut zur Beratung kommen. Auf der gestrigen Sitzung wurden Berichte vorgelegt, worin der Fortschritt der Sozialisierungsfrage in der Kohlenindustrie seit der letzten diesbezüglichen auf der Genfer Konferenz angenommenen Entschließung dargelegt wird. Nach Kenntnisnahme dieser Berichte nahm das Komitee eine Entschließung an, in der erklärt wird, die Sozialisierung der Bergbauindustrie in jedem Lande sei von äußerster Bedeutung. Die Entschließung weist auf den energischen Widerstand hin, der von den Kapitalisten ganz Europas diesem Vorschlage entgegengesetzt wird und fordert die Arbeiter auf, ihre Tätigkeit zu verdoppeln, um die Ausbeutung der Bergwerke durch die Allgemeinheit zu erreichen. Die Arbeiterklasse und die Gesamtheit werden aufgefordert, bei ihren Regierungen auf die Annahme einer diesbezüglichen Gesetzgebung zu dringen. Zum Schluß fordert die Entschließung die Bergarbeiter der dem Bunde angeschlossenen Länder auf, keinerlei Abkommen mit den Bergwerksbesitzern zu treffen, das eine internationale Aktion verhindern könnte, die allgemeinen Entschließungen bezüglich der Sozialisierung zu verwirklichen.

Wetterbericht des Skiklubs Sauerland.

Winterberg, 24. Jan., vorm. 10 Uhr, Schneehöhe: keine. Witterung: stürmisch und zeitweise Regen. Temperatur: + 5 Celsius. Skibahn: keine.

Verantwortlich: Für Politik i. V., Feuilleton und Sport W. Lindner; für Lokales, Handel und Letzte Nachrichten Th. Jolles; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil Julie Schwinck, für Inserate und Reklamen Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

LACTO-EIPULVER (Lactovolin)
Ovolin-Eiweißpulver zum Schneeschlagen
Vitovo-Eigelbpulver — Vitovum-Volleipulver
Lacto-Rühreipulver
Alleinhersteller: LACTOWERK WORMS-HORCHHEIM

J. Fischer

Bochum, Obere Marktstraße 18

Um meiner werten Kundschaft etwas besonders Vorteilhaftes zu bieten, habe ich mich entschlossen, **nach beendeter Inventur** an 4 zu diesem Zwecke veranstalteten Tagen meine **bekannt billigen Preise bedeutend herabzusetzen.** — Es handelt sich in allen Abteilungen um meine bekannt gute fertige Herren- und Knaben-Kleidung mit **bester Verarbeitung — guten Zutaten und vollendeter Paßform.**

4 billige Tage 4

Mittwoch — Donnerstag — Freitag — Samstag

Herren-Kleidung

6 Serien Herren-Anzüge

I	II	III	IV	V	VI
245.–	350.–	440.–	525.–	630.–	750.–

Auf sämtlichen anderen Artikeln in dieser Abteilung gewähre ich **10% Rabatt.**

Jünglings-Burschen-Kleidung

4 Serien Jünglings- u. Burschen-Anzüge

	I	II	III	IV
Größe 8–12	125.00	195.00	265.00	350.00
Größe 38–43	230.00	325.00	420.00	550.00

Auf sämtlichen anderen Artikeln in dieser Abteilung gewähre ich **10% Rabatt**

Knaben-Kleidung

5 Serien Knaben-Anzüge

I	II	III	IV	V
78.–	136.–	175.–	230.–	276.–

Auf sämtlichen andern Artikeln in dieser Abteilung gewähre ich **10% Rabatt**

Konfirmanden- u. Kommunikanten-Anzüge

Die Spezialität meines Hauses

aus guten echtblauen u. tiefschwarzen Stoffen mit kurzer oder langer Hose, 1- od. 2-reih. Form. — Trotz der billigen Preise gewähre ich an diesen 4 Tagen auf Konfirmanden- und Kommunikanten-Anzüge **10% Rabatt**

Winter-Kleidung

Auf alle Winter-Kleidung

in meinen sämtlichen Abteilungen für Herren, Burschen, Jünglinge und Knaben gewähre ich ohne Rücksicht auf den Selbstkostenpreis **20% Rabatt**

Herren-Hosen Gute Buxkin- und Kammgarn-Qualitäten, in guter Verarbeitung und tadelloser Paßform, gewähre auch hierauf **10% Rabatt**

Wetter-Kleidung Loden-Mäntel für Damen u. Herren, Gummi-Mäntel und Jagd-Mäntel **Sportkleidung**

Nr. 21. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Mittwoch 26. Januar 1921.

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Bochum, 26. Jan.

Der Abschluß der Tarifverhandlungen für die technischen Bergbauangestellten.

Beim Zechenverband waren, wie schon mitgeteilt, am Montag die Abschlußverhandlungen bezüglich des Tarifes für die techn. Angestellten im Bergbau. Eingangs der Verhandlungen entspann sich eine längere Debatte über die Teilnahme des Reichsverbandes der Bergbauangestellten an den Verhandlungen. Nachdem der Reichsverband erklärt hatte, ohne Vorbehalt den Tarif zu unterzeichnen, war die Teilnahme des R. d. B. an den Verhandlungen zugestanden worden. Der Tarifvertrag hat rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1920 und sollen die Nachverrechnungen auf den einzelnen Zechen bis Ende dieses Monats geschehen und den Angestellten zur Auszahlung gebracht werden, soweit die Nachverrechnung der einzelnen Beträge technisch möglich ist.

Es wurde vom Zechenverband ausdrücklich erklärt, daß die Sonntagsschichten nicht als Pflichtüberschichten zu betrachten seien.

Zu Absatz 1 des Schiedsspruches vom 18. 12. 1920 wurde folgende Vereinbarung getroffen:

„Sofern Angestellte über Tage mit den auf Grund der Pflichtüberschichten-Abkommen zu zahlenden Ueberschichten-Vergütungen im einzelnen Monat die auf Grund des Schiedsspruches vom 18. 12. 20 zu zahlenden Ausgleichszulagen nicht erreichen, ist mindestens diese Ausgleichszulage zu zahlen."

Ueber die noch strittigen drei Punkte im Tarifvertrag wurde folgende Vereinbarung getroffen:

„Bezüglich des Urlaubs soll den Angestellten, die aus dem Arbeiterverhältnis in das Angestelltenverhältnis überführt werden, der jeweils verdiente Höchstarbeiterurlaub im ersten Jahre des Angestelltenverhältnisses als Angestellten-Urlaub gewährt werden, von dann ab tritt die tarifliche Erhöhung ein."

Der § 2 im alten Tarifvertrag über Anstellung, Kündigung und Entlassung, den man ursprünglich hatte fallen gelassen, wurde nach längerer Debatte wieder in den Tarif aufgenommen.

Bezüglich des Einigungswesens wurde vereinbart, an dem bisherigen Schiedsausschuß festzuhalten mit der Bestimmung, daß, soweit eine Einigung nicht zustande kommt, es den beiden Parteien freisteht, an den zuständigen Schlichtungsausschuß mit der Streitfrage heranzutreten.

⊙ **Der neue Provinziallandtag.** Der neue Provinziallandtag wird Sonntag, 13. März zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Zu dieser ersten Sitzung, die wahrscheinlich von kurzer Dauer sein wird, ist das Präsidium, ferner der Provinzialausschuß und sind außerdem die verschiedenen Kommissionen zu wählen. Außerdem liegen einige weitere Vorlagen bereits vor. Die Haupttagung zur Beratung der Haushaltspläne und zur Stellungnahme zu der beabsichtigten Provinzialautonomie wird voraussichtlich erst im Mai stattfinden.

⊔ **Fortlassen der Erkennungs-Nummer.** Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn schreibt uns: Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat verfügt, daß versuchsweise die Nummern an den Mützen der Straßenbahn-Schaffner und -Fahrer, die a von denselben seit einiger Zeit abgelegt sind, wegbleiben, daß aber die vorstehenden Angestellten verpflichtet sind, den Fahrgästen und den diensttuenden Polizei- und Aufsichtsbeamten, welche die Person eines Schaffners oder Wagenführers feststellen wollen, auf Verlangen den mitzuführenden Dienstausweis vorzuzeigen.

△ **Der Stand der westfälischen Kirchenwahlen.** Die Wahlvorschläge liegen in allen Gemeinden vor. Auch dort, wo wegen Einreichung einer zweiten Liste die Frist um acht Tage hinausgeschoben wurde. In den meisten Gemeinden hat man sich auf Einheitslisten geeinigt, so z. B. in Bielefeld und Hagen. In einzelnen Gemeinden ist der Wahlkampf entbrannt. Vielfach hat der Bund für die freie evangelische Volkskirche Sonderlisten aufgestellt, so z. B. in Witten. In manchen Gemeinden wird die Wahlbeteiligung sehr gering werden, weil sich sehr wenige für die Wahlen eingetragen haben oder weil eine Einheitsliste vorliegt. In einzelnen Gemeinden ist die Zahl der Anmeldungen für die Wahl überraschend groß, es gibt Gemeinden, wo ausgesprochen parteipolitische Ziele im Vordergrund stehen und wo sich viele Mehrheitssozialisten und U. S. P.-Leute an der Wahl beteiligen, so z. B. in Bommern. Die Sozialisten haben in den verschiedenen Orten verschiedene Parolen ausgegeben. In den meisten sozialistischen Blättern der Provinz Westfalen wird fast täglich für den Kirchenaustritt gearbeitet, allerdings ohne nennenswerten Erfolg; nur in wenigen Gemeinden drängt diese Partei ihre Anhänger zur Kirchenwahl. Aufs ganze gesehen, wird die Kirchenwahl in Westfalen wenig Unruhe und Aufregung mit sich bringen.

☆ **Achtung Oberschlesier!** Bei vielen Oberschlesiern herrscht noch vielfach Unkenntnis darüber, daß die Frist für die Eintragung in die Stimmlisten am 3. Februar, abends 6 Uhr, endet. Verspätet eingehende Anträge werden nicht berücksichtigt, und Säumige gehen daher ihres Abstimmungsrechtes verlustig. Jeder deutschfühlende Oberschlesier hat daher die unabweisbare Pflicht, sofort bei der hiesigen Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Trankgasse, seine Eintragung in die Abstimmungslisten zu beantragen. Wer nicht rechtzeitig eingetragen wird und im Besitze einer Stimmkarte ist, kann überhaupt nicht abstimmen. Infolge der Veröffentlichung der oberschlesischen Terrornote scheint sich mancher Kreise Besorgnis vor der Reise zur Abstimmung bemächtigt zu haben. Eine solche Besorgnis ist unbegründet und nur auf polnische Machenschaften zurückzuführen. Für ausreichenden Schutz der deutschen Abstimmungsberechtigten wird gesorgt werden. Die polnischen Drohungen dürfen keinen deutschen Oberschlesier abhalten, für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland mit allen Mitteln einzutreten. Oberschlesien muß und wird deutsch bleiben.

Weibliche Referendare in Preußen. Nach einer Verfügung des preußischen Justizministeriums können Frauen, die die erste juristische Staatsprüfung bestanden haben, nunmehr zu Referendaren ernannt werden, doch dürfen Personen weiblichen Geschlechtes zur selbständigen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Richters, Staatsanwalts oder Gerichtsschreibers, sowie zur Vertretung eines Rechtsanwalts nicht zugelassen werden.

♫ **Deutsche Volkspartei.** Die Jugendgruppe Bochum-Ehrenfeld hielt Freitag eine gutbesuchte Versammlung im Lokale Gilleballe ab. Es erfolgten zunächst geschäftliche Mitteilungen. Dann wurde Herr Brune einstimmig zum 2. Vorsitzenden gewählt. Herr Droste hielt einen Vortrag über die Reichsgründung vor 50 Jahren und über die Aufgaben, welche der Jugend angesichts der heutigen Lage des Reiches erwachse. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und lösten eine rege Aussprache aus. Beschlossen wurde einmütig, an den Vorbereitungen für die Wahlen am 20. Februar mit regem Eifer mitzuwirken. Es wurde noch über den in Aussicht genommenen Unterhaltungsabend beraten, der erst nach den Wahlen stattfinden soll. Das anschließende gesellige Beisammensein bot unter Leitung des Herrn Otte jun. reiche Abwechslung.

* **Die Umsatzsteuererklärungen** müssen, worauf wir wiederholt aufmerksam machen, bis spätestens 31. d. M. bei dem zuständigen Umsatzsteueramt eingegangen sein; bei nicht rechtzeitiger Einreichung der Erklärungen wird ein Zuschlag bis zu 10 Prozent der zu zahlenden Steuer vom Umsatzsteueramt festgesetzt.

⊙ **Evang. Arbeiterverein** von Bochum und Umgegend. Eine gut besuchte Generalversammlung tagte Sonntag nachmittag im evang. Vereinshause. vom ersten Vorsitzenden Herrn Michaelis eröffnet. Schriftführer Eichholz erstattete den Jahresbericht für 1920, dem wir folgendes entnehmen: Die geschäftlichen Angelegenheiten des Vereins wurden in 13 Vorstandssitzungen, 12 Zahltagen und zwei außerordentlichen Generalversammlungen geregelt. Daneben fand noch eine Reihe von Kommissionssitzungen statt. Die gewählte Sterbegeldkommission trat am 29. Juli zusammen. Es wurde mit Wirkung vom 1. Oktober ein Sterbegeld festgesetzt für Mitglieder 150 Mark, für jugendliche bis zum Alter von 20 Jahren 100 Mark. Es fanden verschiedene Wohltätigkeitsveranstaltungen und eine Weihnachtsfeier statt. 22 neue Mitglieder wurden aufgenommen. Durch den Tod verlor der Verein 42 Mitglieder. Der Mitgliederbestand erreicht zur Zeit die Zahl 1250. Den Kassenbericht erstattete Herr Seitz. Einnahmen und Ausgaben schließen mit einem Betrage von 15 431,64 Mark ab. Das Vereinsvermögen stellt sich auf 28 783,04 Mk. (26 555,07 Mk. i. V.). Es bleibt ein Ueberschuß von 2 227,97 Mk. zu verzeichnen. Der erste Vorsitzende Michaelis legte sein Amt nieder. An seine Stelle wurde das langjährige Vorstandsmitglied Ommert gewählt. Kassierer Seitz wurde wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Kollmann neugewählt. Im weiteren Verlaufe der Versammlung ermahnte Herr Michaelis die Mitglieder, sich an den bevorstehenden Kirchenwahlen rege zu beteiligen. Herr Dr. Küppers machte den Vorschlag, zur Hebung des Vereinslebens Versammlungen stattfinden zu lassen, in denen auch Vorträge gehalten würden. Parteipolitik müsse im Verein ausgeschaltet werden, ebenso politische Streitfragen. Sehr zu empfehlen sei es, wenn der evang. Arbeiterverein mehr nach außen hin bekannt werde. Die Arbeitervereine im Stadtgebiet müßten einen sogenannten Stadtverband gründen, der dann in der Lage sei, über häufig vorkommende Fragen eine genügende Auskunft geben zu können. Den gemachten Vorschlägen soll Rechnung getragen werden.

≡ **4. Fürsorgerinnenkonferenz des Regierungsbezirks Arnsberg.** Am 24. Januar fand im Magistratssitzungssaal des Hagener Rathauses auf Einladung des Regierungspräsidenten zu Arnsberg die 4. Fürsorgerinnen-Konferenz des ihm zugehörigen Bezirks statt. Den Vorsitz führte Frau v. Staff. Im Verlauf der anregenden Tagesordnung sprach Frau Ministerialrat Helene Weber (Berlin) über die Berufsethik der Fürsorgerinnen und verstand, den erschienenen Schwestern die Befolgung der wertvollen Ausführungen besonders warm ans Herz zu legen. Der zweite Vortrag, den Fräulein Zilken (Dortmund) hielt, befaßte sich mit der bevölkerungspolitischen Bedeutung der nachgehenden Fürsorge. Im Anschluß an die Mittagspause ergötzte man sich im Saal der Konkordia an einer Schwankaufführung („Der Ueberäugling"), die von der Ortsgruppe Hagen des Deutschen Sozialbeamtinnen-Verbandes veranstaltet worden war.

⊙ **Unterkunft für Mädchen.** Für zugereiste Mädchen und Frauen, die bei dem Mangel an Gasthöfen keine Unterkunft finden können, ist Dibergstraße 46 eine Zufluchtsstätte eingerichtet, worden, Auskunft über Stellung und Unterkunft wird Bahnhofstr. 29 erteilt.

× **Städtisches Orchester.** Es wird hiermit nochmals auf das heute nachmittag 4 Uhr im Parkhaus stattfindende solistische Nachmittagskonzert hingewiesen. Neben Werken von Mendelssohn, Mozart, Beethoven, Spinelli und Chopin wird der Solocellist Hermann Busch eine Serenade von Volkmann und der 1. Oboer Johannes Berg ein Konzertstück für Oboe von Klughardt zu Gehör bringen. (Siehe Anzeige.)

× **Der Industrieverband Gabelsberger** hielt am Sonntag im Reichshof hierselbst eine gut besuchte Vertretersitzung ab. Zum Vorsitzenden wurde Kaufmann Franz Pfeiffer-Gelsenkirchen gewählt. Aus der Stenographischen Geschäftspraxis konnte mitgeteilt werden, daß vor dem stenographischen Prüfungsamt Essen bis jetzt 60 die Geschäftsstenographenprüfung bestanden haben, unter denen 41 Gabelsbergersche Stenographen sind.

* **„Entzogene Fahrtberechtigung".** Zu der Notiz unter dieser Spitzmarke in Nr. 17 vom 21. d. M. sei bemerkt, daß es sich um die Anwendung einer Regierungsverfügung handelt, die auf Grund der im Februar 1915 erlassenen Bundesratsverfügung zwecks Ersparung von Betriebsstoff, dessen Bewirtschaftung im übrigen am 20. Dezember v. J. freigegeben wurde, erlassen worden ist. Der unbeschränkte Verkehr ist nach den Bedingungen für Genehmigung des Haltens von Privatkraftwagen diesen noch nicht gestattet, und für sog. „Bequemlichkeitsfahrten" sind diese Kraftwagen noch nicht freigegeben. Mietautos werden von der Verfügung nicht betroffen.

⊠ **Polizeibericht.** Durch Einbruch wurden gestohlen: einem Anwohner der Lohstraße aus einem verschlossenen Bodenzimmer zwei Sack Heu. — Ferner sind gestohlen worden: einem Anwohner der Fahrendellerstraße ein Opernglas; einer Familie in der Weiherstraße Kleidungsstücke, ein Paar schwarze Damen-Schnürstiefel, ein Paar Ilia Glacehandschuhe, eine Hutnadel mit grüner Perle und ein Schleier. — Zur Anzeige gelangten: vier Personen wegen Einbruchsdiebstahls; vier Personen wegen Diebstahls; je eine wegen Hausfriedensbruchs, Betrugs und Blutschande. — Festgenommen wurden: vier Personen wegen Einbruchsdiebstahls bezw. Diebstahls; eine Person wegen Bettelns; zwei Personen auf Grund von Haftbefehlen.

* **Operettentheater Wintergarten.** Mittwoch und Donnerstag finden Vorstellungen für die christlichen und freien Gewerkschaften statt. Am kommenden Freitag wird zum ersten Male die Operette „Der letzte Walzer" gegeben. (Siehe Anzeige.)

Aus dem Landkreise Bochum.

Querenburg, 25. Jan. Deutsche Volkspartei. Sonntag, 23. Jan. fand im Lokale Schäper eine gut besuchte Monatsversammlung des Ortsvereins Querenburg der Deutschen Volkspartei statt. Der 1. Vorsitzende, Herr Kleinschnittger, eröffnete sie und wies in der Begrüßungsansprache auf die Reichsgründung vor 50 Jahren hin; dabei betonte er, daß jeder an seinem Teile am Wiederaufbau mitarbeiten müsse, damit die Sonne über Preußen-Deutschland einst wieder scheint. Herr Kleinschnittger gab dann einen Bericht über die Verbandsversammlung. Darauf hielt Herr Rektor Surmann-Bochum einen Vortrag über die Einheitsschule, wofür ihm reicher Beifall zuteil wurde. Danach wurden noch einige Gemeindeangelegenheiten erledigt. Auch eine stattliche Anzahl Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Vor den Wahlen findet noch eine Versammlung statt mit besonderer Einladung. Mit der Mahnung, die Parteizeitung, den Märkischen Sprecher, zu bestellen und dem Appell, die Pflicht zu tun, damit einst wieder bessere Zeiten kommen, schloß die Versammlung.

Langendreer, 25. Jan. Ortsklasse A. Unserer Gemeinde, die bekanntlich in Ortsklasse B eingereiht wurde, trotzdem sie ihrer ganzen Lage nach zweifellos in A gehörte, ist jetzt nachträglich ihr Recht geworden. Eine kürzlich stattgehabte Unterredung eines bekannten Abgeordneten mit dem Finanzminister hat es zuwege gebracht, daß Langendreer nun in Ortsklasse A eingereiht werden wird. Der Finanzminister hat unter der Tatsache, daß Langendreer zwischen lauter A-Klasse-Orten eingekeilt liegt, wovon ihn eine beigegebene Karte mit Einzeichnung besonders der vielen Zechen belehrte, die persönliche Zusicherung für die Abänderung gegeben. Noch in dem neuen Ortsklassen-Verzeichnis dürfte deshalb Langendreer unter A erscheinen.

Harpen, 25. Jan. Die Deutsche Volkspartei hatte Sonntag bei Fleithmann eine Versammlung mit Unterhaltungsabend, die einen würdigen, der Zeit entsprechenden Verlauf nahm. Der 1. Vorsitzende, Herr Möhrgen, begrüßte die Gäste mit einer tiefdurchdachten, von Vaterlandsliebe getragenen Rede. Anschließend hielt Herr Parteisekretär Korst-Herne einen Vortrag über die Ge-

Die Wahlen

zur Preußischen Landesversammlung werden wieder einmal den Wahlkampf scharf entbrennen lassen. Die Zeitungen sind das hervorragendste Mittel der Einflußnahme auf die Oeffentlichkeit. Es gilt, unverzüglich auf nationaler Seite zu rüsten! Dies geschieht am besten dadurch, daß Sie überall den „Märkischen Sprecher" als Lektüre empfehlen. Jeder neue Leser bedeutet eine Stärkung der nationalen Sache.

Freunde unseres Blattes werbt für Eure Zeitung!

Der Jung.

Roman von Horst Bodemer.

(Nachdruck verboten.)

12.

Als der Oberstleutnant die Treppe wieder hinstolperte, legte Mariechen Greller den Finger an die Nase und dachte angestrengt nach, wie sie nun ihr Verhalten einzurichten habe. Es eröffneten sich da Möglichkeiten, die den Weltuntergang nicht nach sich ziehen würden, wenn sie Tatsache würden. Wer so glänzend dastand, wie der Herr Oberstleutnant, der durfte tun und lassen, was er wollte. Vorläufig war das ja nur eine Drohung gewesen, sie zu heiraten: O, darüber machte sie sich gar nichts vor! Und ein verrückter Gedanke von dem gnädigen Fräulein war es sicher auch, sich ausgerechnet einen fünfzigjährigen Witwer mit sechs Kindern auszusuchen. Aber in Kullersdorf, der Bauer Leibbrandt, der hatte mit sechzig Jahren sogar ein Mädel geheiratet, das achtzehn gewesen war. Na ja, der hatte dafür die Hölle bereits auf Erden. Aber sie würde ganz gewiß mal ihrem Mann eine gute Gefährtin der Pflegerin sein! Frau Oberstleutnant Wendefurth auf Schloß Ketzin! Das krabbelte doch einem Mädchen wie ihr in der Nase! Und Respekt bei den Leuten, den wollte sie sich schon verschaffen! — Ja und der Jung!! Pah, den behandelte sie vorläufig von oben herab, der biß schon wieder an, wenn aus der anderen Geschichte nichts würde. Hübsch vorsichtig mußte sie allerdings sein.

Weiter kam sie nicht, ihre Gedanken auszuspinnen, denn das gnädige Fräulein erschien ziemlich aufgeregt auf der Bildfläche. Recht dienstbeflissen zu sein, war jetzt die Hauptsache. Schließlich mußte sie doch einen Menschen haben, mit dem sie sich ganz aussprach — und das war natürlich ihre Jungfer, die den ganzen Tag um sie her war.

Aber vorläufig nutzte ihr kein Geknickse und kein freundliches Gesicht. Das gnädige Fräulein setzte sich an ihren Schreibtisch und befahl, das Reitkleid zurechtzulegen.

Und wie große Mühe Mariechen sich auch gab, herauszubekommen, an wen der Brief gerichtet war, es gelang ihr nicht. Das gnädige Fräulein trug ihn selbst zur Postagentur, ritt dann ihren Sultan und war unleidlich, wie lange nicht, als nach der Rückkehr die Jungfer ihr beim Umkleiden und Frisieren half.

Splittstößer ging an diesem Tage mit sehr nachdenklichem Gesicht herum. Und als ihm der Jung über'n Weg lief, sprach er ihn an.

„Du wirst heute abend nach Ketzin gehen!"

„Sobald es duster geworden ist, Herr!"

„Und dich nicht lange aufhalten!"

„Der Herr kann sich auf mich verlassen!"

„Na, is gut, Jung!"

Der Oberstleutnant Wendefurth hatte an seinen Sohn Kurt geschrieben und ihn um sofortige Aufklärung gebeten, was an dem Schulz eigentlich wahr sei. Stumm saß er seiner Tochter beim Mittagessen gegenüber; morgen war auch noch ein Tag, und wenn etwa der Monsieur Schulze überraschend schnell ankam, da sollte er ihn kennen lernen!

Gleich am Nachmittag fuhr er raus auf die Felder und kam erst wieder zum Abendbrot. Es war ihm ganz recht, als der Diener ihm meldete:

„Das gnädige Fräulein läßt sich entschuldigen, es hat sich schon zu Bett gelegt."

Da konnte er wenigstens ungestört auf seinen Kummer eine Flasche Burgunder aus der „gediegenen" Ecke setzen.

Und froh war Mariechen!

Das gnädige Fräulein hatte auf ihre Dienste verzichtet. Es lag also kein Hindernis im Wege, sich gründlich und hübsch vorsichtig mit dem Jung auszusprechen! Würde der aber Augen machen! So ein bißchen von oben runter würde sie ihn behandeln, natürlich „unnahbar" sein.

*

Splittstößer ging an diesem Abend erregt in seinem Arbeitszimmer herum. Immer wieder sah er nach der Uhr, immer wieder klatschten seine Hände auf dem Rücken zusammen. Wo blieb nur der Jung? Zehn Uhr war's schon, und noch ließ er sich nicht sehen: Irgend etwas war sicher nicht in Ordnung. — Da endlich hörte er ihn die Freitreppe heraufkommen, die Dielentür warf er zu, als sei er hier Herr im Hause; war denn der Bengel verrückt?! Und da stand er schon mit verheulten Augen auf der Schwelle.

„Was ist denn los?" schrie ihn Splittstößer an.

„Herr, darf ich mich setzen?" wimmerte der Jung.

„Immerzu, Jung, aber nun red' los!"

So schnell fand der aber nicht die Sprache. Mit hochgezogenen Schultern saß der da, drehte krampfhaft die Mütze in der Hand herum und schluchzte weiter. Dabei rannen ihm große Tränen die Wangen hernuter.

„Herr, es ist aus — ganz aus mit meinem Mariechen!"

„Deinem Mariechen? Jung, du bist wohl über die Schnapsflasche geraten?"

Da begann das Geschluchze wieder.

„So rede doch, Jung!"

„Es wird auch aus Ihrer Verlobung nichts, Herr! Das gnädige Fräulein hat sich einen in Berlin genommen! — Und mein Mariechen, o-och", nun weinte der Jung herzzerbrechend.

Ueber Splittstößers Gesicht zuckte es. Er ergriff einen Stuhl, setzte sich dicht vor den Jung. Aus dem war nur etwas herauszubringen, wenn man ihn ruhig auf die Fährte setzte.

„Also, wer ist das — Dein Mariechen?"

„Herr, die Jungfer von dem gnädigen Fräulein! Dreitausend Mark hat sie geerbt!"

„Aha! — Und hinter die hast du dich gesteckt, um rauszubekommen, wann das gnädige Fräulein zurückkehrt?"

Der Jung nickte nur. Aber die Krisis war schon vorüber, er fuhr sich mit dem Handrücken über die Augen aus, um sich die Tränen abzuwischen.

„Aber mit dem Verloben hättest du getrost noch warten können! Jetzt gibt Lehmann seinen Hof doch noch nicht ab!"

„Es paßte doch auch so schön, und sie war so gut."

„So beruhige dich doch, Jung! Wie kam denn der Krach auf einmal?"

„Herr, sie setzte sich heute gar nicht zu mir auf die Bank im Kretziner Parke, blieb mitten auf dem Wege stehen, sagte nur, das gnädige Fräulein sei als Braut zurückgekehrt und es täte ihr leid, daß sie ihre Herrin unter Vorspiegelung falscher Tatsachen telegraphisch von ihrem Bräutigam gerissen hätte, außerdem könne sie abends nicht mehr kommen."

„Na, Jung, das renkt sich schon wieder ein! Ja, mit wem hat sich denn das gnädige Fräulein verlobt?"

„Das weiß ich nicht, Herr! Ich habe gewartet und gewartet, weil ich dachte, mein Mariechen käme noch einmal, deshalb komme ich doch so spät!"

Splittstößer erkundigte sich, was denn an des gnädige Fräulein telegraphiert worden ist, fragte sehr eingehend nach Mariechen, tröstete den Jung nach Leibeskräften und drückte ihm zum Schluß ein Fünfmarkstück als Balsam fürs zerrissene Herz in die Hand.

Der Jung schlich in den Pferdestall und überlegte. Nein, er ließ nicht locker. Nächsten Sonntag spielte er wieder in Ketzin. Ob ihm der lange Kerl mit dem roten Schlips gefährlich geworden war? Ganz genau wollte er sich beim Gärtner erkundigen, was an dem dran sei, den mußte er aussstechen! . . .

13.

Der Sonnabend war gekommen, da war Markttag in der Stadt. Schweine hatte der Viehhändler Niemeyer gekauft, die waren abzuliefern, sollten verladen werden nach Berlin.

Der gewissenhafte Jung konnte das ja eigentlich allein besorgen, aber der lief seit Mittwoch abend herum, als habe man ihm die Butter vom Brote gestohlen. Die Mamsell hatte gestern vorm Herrn die Hände gerungen und steif und fest behauptet, es sei beim Jung nicht mehr richtig im Oberstübchen, man müsse ihm zum Doktor schicken.

Da hatte sie aber Splittstößer angefaucht! Trotzdem das gnädige Fräulein aus Berlin nach Ketzin zurückgekehrt war! So etwas spricht sich ja auch auf dem Lande schnell herum. — Da machte sich die Mamsell mit dem Anton ihren Reim.

Und warum der Jung so niedergeschmettert war, ließ sich auch vermuten.

(Fortsetzung folgt.)

schichte der Entwicklung der Volkswirtschaft und die Aufgabe Preußens für den Wiederaufbau. Er ging ferner auf die Mitarbeit der D. V. P. an dieser großen Aufgabe ein und betonte, daß ein Aufstieg nur in dem Programm der D. V. P., in dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft, ausgebaut zur Volksgemeinschaft, in dem Geiste unserer großen Führer und Persönlichkeiten verbürgt sei. Insbesondere appellierte der Redner an die in großer Zahl erschienenen jugendlichen Parteifreunde und ermahnte sie, an der preußisch-deutschen Geschichte zu lernen, die uns Mut und Kraft gebe in dieser schweren, trüben Zeit. Auch die Bedeutung der kommenden Wahlen wurde eingehend gewürdigt. Zum Schluß widmete man dem gemütlichen Teil noch einige Stunden.

Weitmar, 25. Jan. **Der Turnklub Weitmar** (D. T.) hielt seine letzte Generalversammlung im Vereinslokale Wagener ab. In den Vorstand wurden neu- bezw. wiedergewählt: Turngenosse H. Laube 1., Heinr. Becker 2. Vors., Ewald Blocksiepe 1., Emil Kelle 2. Schriftf., Heinr. Reininghaus 1., Richard Kindermann 2. Kassierer, Wilh. Klostermann Oberturnwart, Herm. Hauffe 1., Franz Olschewski 2. Turnwart, Hans Hasenkamp 1., H. van Wickeren 2. Gerätewart. An Neuaufnahmen waren 10 Turner bezw. Turnerinnen zu verzeichnen. Turngenosse Laube erstattete den Jahres- und Turnbericht. Hieraus war zu ersehen, daß der Verein sich im verflossenen Jahre sehr gut entwickelt hat, besonders berichtete er mit Stolz über die Fahnenweihe und über die Siege, die Turner und Turnerinnen errungen hatten. Es wurde einstimmig beschlossen, ein Vereinsturnen abzuhalten. Die Turnstunden sind wie folgt festgesetzt: Donnerstag von 6—8 Uhr Jugendriege, von 8—10 Uhr abends Damenriege, Herrenriege Freitags von 8 bis 10 Uhr abends. Leiter der Jugend- und Damenriege ist Oberturnwart, Turnlehrer Klostermann.

Aus der Nachbarschaft.

Herne, 24. Jan. **Der evang Arbeiterverein** hielt Sonntag im evang. Vereinshause seine diesjährige Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende Harnisch begrüßte und leitete die Versammlung. Er gab einen Rückblick über die Tätigkeit des verflossenen Geschäftsjahres, dem zu entnehmen ist, daß 20 Veranstaltungen, darunter ein Reformationsfest und eine Weihnachtsfeier, stattfanden. Der Verein, vertreten durch seinen 1. Vorsitzenden, wirkte im Bildungsausschuß und bei der Bekämpfung gegen Schmutz- und Schundliteratur mit. Die Vereinsbeiträge wurden vom 1. Januar um das Doppelte erhöht. Aus den Neuwahlen gingen für die turnusgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder hervor: zum 1. Vorsitzenden Herr Harnisch, 2. Schriftführer Herr Fr. Nordmann, 1. Kassierer Herr Bölling, zu Beisitzern die Herren Tegeder, Finke, Böpel, Postut. Herr Mehrkühler, der 20 Jahre das Amt des 1. Kassierers verwaltete und infolge Arbeitsüberlastung zurückzutreten gezwungen war, wurde als beratendes Mitglied zum Vorstande gewählt. Zum großen Vorstand wurden die Herren Finke, Kleine, als Vertreter Altenhöhner und Fernau, zum Kreisverband die Herren Fr. Nordmann, Korst, Harnisch, Kleine, als Vertreter die Herren Rhode, Adam, Schmidt, Altenhöhner und Wäsche gewählt. Zu Fahnenmannschaften wurden die Herren Heldüser, Adam Rhode und Hrch. Rohde, zu Kassenrevisoren die Herren Jak. Schmidt und Bössert gewählt. Eine lebhafte Debatte löste die bevorstehenden Kirchenwahlen aus.

Wattenscheid, 25. Jan. **Eine grausige Bluttat** hat sich Montag nachmittag kurz nach 12 Uhr in dem Hause Bochumerstr. 106 hier zugetragen. Die Ehefrau des dort wohnenden Bergmanns Max Schröder hat aus Eifersucht **zwei ihrer Kinder erdrosselt** und versucht, sich selbst das Leben zu nehmen. Dieser **Selbstmordversuch** gelang ihr jedoch nicht, sie verletzte sich schwer, scheinbar jedoch nicht lebensgefährlich, und wurde dem evang. Krankenhause zugeführt. Frau Schröder glaubte seit einiger Zeit, Grund zur **Eifersucht** ihrem Manne gegenüber zu haben. Infolgedessen verfiel sie in Schwermut. Mit Kinderwindeln hat sie zunächst die beiden Kinder, mit denen sie sich allein in der Wohnung befand, erdrosselt. Dann lief sie selbst zu den in der Nähe befindlichen Klärteichen der Zeche Centrum, um den Tod des Ertrinkens zu finden. Das Wasser war jedoch zu seicht und Frau Schröder kehrte in ihre Wohnung zurück. Dort griff sie nun zu einem **Rasiermesser** und brachte sich eine 5 Zentimeter lange Schnittwunde **am Halse** bei, ferner schnitt sie sich ins Handgelenk, anscheinend um die **Pulsader** zu durchschneiden. Beide Schnitte gingen jedoch nicht so tief, daß die Hauptadern getroffen wurden. Die Frau hatte solch heftige Schmerzen, daß sie zusammenbrach und in lautes Stöhnen verfiel. Hierdurch wurden die Hausbewohner aufmerksam, welche in die Schrödersche Wohnung gingen und zu ihrem Entsetzen die stöhnende, aus den beiden Wunden blutende Frau sowie die Leichen der erdrosselten Kinder vorfanden. Die Frau konnte noch sprechen und gab an, aus Liebeskummer die gräßliche Tat begangen zu haben. Ihr Mann hatte Morgenschicht und erfuhr die Tat, als er nach Hause kam, ebenso die beiden älteren Kinder, welche um 1 Uhr aus der Schule kamen. Der Mann gab an, daß das Motiv zu dem Handeln seiner Frau in unberechtigten Eifersuchtsideen zu suchen sei. Der Bergmann Schröder wird als ein solider Mann geschildert. Man findet es in Nachbarkreisen unbegreiflich, wie die Frau zu der Tat gekommen ist.

Essen, 25. Jan. **Gemeinderat.** Die Sitzung der Gemeindevertretung war nur von kurzer Dauer. Der Vorsitzende, Amtmann Dr. Maßmann, konnte die an und für sich karge Tagesordnung sozusagen im Handumdrehen unter Dach und Fach bringen. Der erste Punkt betraf die Besteuerung der von der Reichseinkommensteuer befreiten Beträge. Der Beschluß der Sitzung vom 30. Dez. wurde infolge des Einspruchs des Landesfinanzamtes Münster dahin abgeändert, daß von der Besteuerung befreit bleiben die Einkommen bis zu 10 000 Mark bei Ledigen, 13 000 Mark bei Eheleuten ohne unterhaltungsberechtigte Personen, 15 000 Mark bei Eheleuten mit 1 und 2, 17 000 Mark mit 3 und 4, 20 000 mit 5 und mehr unterhaltungsberechtigten Personen. Die übrigen Punkte waren von untergeordneter Bedeutung bis auf den Antrag betreffend der **Umwandlung des Realgymnasiums** in ein Reformrealgymnasium nach dem sogenannten Frankfurter System. Die Gemeindevertretung erklärte nach dem Referat des Studienrats Matschoß ohne jede Debatte einmütig ihre **Zustimmung** zur Vollziehung des vorgezeichneten Planes.

Wanne, 25. Jan. **Umfangreichen Steuerhinterziehungen** ist man hier auf die Spur gekommen. Wie der Amtmann zu Beginn der Amtsversammlung auf eine dieserhalb an ihn gerichtete Anfrage hin erklärte, sind in vergangener Woche verschiedene Angestellte einer Brennerei und neuerdings auch der Brennereibesitzer selbst verhaftet und ins Essener Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Soweit bis jetzt feststeht, handelt es sich nicht nur um große Steuerbeträge, um die der Steuerfiskus betrogen wurde, sondern die Anklage wird sich weiterhin auf Wucher und Kettenhandel erstrecken.

Dahlhausen, 25. Jan. **In der Sitzung der Gemeinde-Vertretung** wurde über die Vereinigung der beiden Gemeinden Linden und Dahlhausen abgestimmt. Nach eingehender Aussprache, an welcher sich auch Vertreter der Gemeinde Linden beteiligten, wurde zur Abstimmung, die eine namentliche war, geschritten. Es stimmten 10 für und 8 Vertreter gegen die sofortige Vereinigung der Gemeinden Linden und Dahlhausen zu einem Gemeinwesen. Die Vereinigung gilt als vollzogen mit dem Tage der Genehmigung. Mit 12 gegen 4 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen wurde beschlossen, das Gemeinwesen „Dahlhausen-Ruhr" zu bezeichnen. Die Gemeinde-Vertretung von Dahlhausen beschloß auch ihrerseits mit 10 Stimmen, der Gemeinde die Bezeichnung „Dahlhausen-Ruhr" beizulegen. 8 Gemeinde-Verordneten von Dahlhausen enthielten sich der Stimme. Dem Beschlusse der Finanzkommission vom 17. d. M., betreffend Gemeindegewerbesteuer-Ordnung für Dahlhausen wurde zugestimmt. Die Veränderungsnachweisung zu dem Haushaltsplan der Gemeinde Dahlhausen für das Rechnungsjahr 1920 wurde vorgelegt. Versammlung stellte den Plan anderweitig auf die Summe von 2 160 000 Mark in Einnahme und Ausgabe fest. Es wurde beschlossen, für das laufende Jahr diejenigen Gewerbebetriebe, welche 10 und mehr Arbeiter beschäftigen, grundsätzlich mit der Kopfsteuer zu belasten und die übrigen Gewerbetreibenden dahin zu besteuern, daß 350 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zur Hebung gelangen. Irgend eine andere Besteuerungsart soll also für das Steuerjahr 1920 nicht zur Anwendung gelangen. Dem Antrage des Ortsausschusses der hiesigen Lehrerschaft auf Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe gemeindeseitig mit Rücksicht auf den Ministerial-Erlaß vom 29. Dezember 1920 nicht stattgegeben werden. Versammlung hält die Ehrenstätte für gefallene Krieger auf dem Friedhofe zu Dahlhausen für so würdig und ausreichend, daß sie sich gemeindeseitig an einer weiteren in Linden-Dahlhausen zu errichtenden Gedenkstätte nicht zu beteiligen bereit finden lassen kann.

Stiepel, 25. Jan. **Verunglückt.** Am 22. d. M. verunglückte auf der Zeche „Carl-Friedrich" der Hauer Julius Janett aus Stiepel, Prinzstr. 15. Dem auf der 4. Sohle Arbeitenden fiel ein Kübel, der sich losgehakt hatte, auf den Kopf. Er wurde sofort getötet. Janett ist 40 Jahre alt und verheiratet.

Aus den Provinzen.

Recklinghausen, 25. Jan. **Tödlicher Unglücksfall.** Der Schachthauer Wilhelm Sendt stand mit mehreren Arbeitskameraden bei Ausführung von Ausbesserungsarbeiten im Förderschacht der Zeche „Recklinghausen" in Recklinghausen-Süd auf dem Deckel eines Förderkorbes. Beim Hinauslehnen über den Verschluß wurde er von einem vorbeifahrenden Korbe erfaßt und in den Schacht gestürzt, wo er im Sumpf mit zerschmettertem Körper tot aufgefunden wurde. Der Verunglückte war verheiratet und hinterläßt Frau und zwei kleine Kinder.

Solingen, 24. Jan. **Vorteile des Krankseins.** Eine skandalöse **Schamperei** in städtischen Betrieben hat, wie die „Düsseld. Ztg." berichtet, die Allgemeine Ortskrankenkasse festgestellt. Es fiel schon seit längerer Zeit die hohe Zahl der krankgemeldeten städtischen Arbeiter und Hilfsangestellten auf; die Kasse stellte nun fest, daß von den 726 städtischen Arbeitern und Angestellten im Durchschnitt 100 oder 15,01 Prozent krank sind, während die Krankheitsziffer der übrigen Kassenmitglieder nur 3,51 beträgt. In einzelnen städtischen Betrieben sind regelmäßig über 20 Prozent der Beschäftigten „krank" gemeldet, bei der Straßenbahn, deren Verluste von Monat zu Monat steigen, und beim Heizmittelamt sogar über 27 Prozent. Diese hohen Krankheitsziffern sind auf mangelnde Kontrolle und auf den Umstand zurückzuführen, daß die Stadt seit Beginn der „neuen Aera" den städtischen Arbeitern den vollen Lohn weiterzahlt und daneben auch das Krankengeld gewährt wird. Die Ortskrankenkasse will nun von der Stadt höhere Beiträge für die städtischen Arbeiter haben.

Düsseldorf, 25. Jan. **Eine Handgranate** wurde gegen ein Weinlokal in der Königsallee geworfen. Es wurde ein Laufbursche verletzt. Sonstiger Schaden wurde nicht angerichtet. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Köln, 25. Jan. **Wolkenkratzer.** Zwei Kölner Architekten beabsichtigen den Bau eines großen Bürohauses (Wolkenkratzer), das den Namen **Europahaus** erhalten soll. Das Gebäude soll am Neumarkt, Ecke Zeppelinstraße, errichtet werden, und zwar in einer Höhe von zunächst vier Stockwerken. Von hier aus soll sich das Gebäude auf zehn Stockwerke erhöhen, um sich dann turmartig zu einer Höhe von 20 Stockwerken zu erheben (68 Meter). Die Gesamtfläche des Gebäudes beträgt 15 000 Quadratmeter. Das Erdgeschoß soll für Ladengeschäfte und ein Restaurant Verwendung finden und außerdem ein Postamt aufnehmen. Die anderen Räume sollen Bürozwecken dienen. Wie wir hören, ist die Finanzierung des Unternehmens sichergestellt.

Koblenz, 25. Jan. **Zusammenstoß.** Auf dem Güterbahnhof Koblenz-Lützel gerieten zwei Güterzüge, der von Lahnstein und der von der Mosel kommende, durch falsche Weichenstellung auf dasselbe Geleise. Die Lokomotive des ersteren geriet auf die Wagen des Moseler Güterzuges. Insgesamt wurden 10 **Wagen vollständig zerstört.** Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Der Materialschaden ist sehr bedeutend. Der Verkehr wird durch Umsteigen notdürftig aufrecht erhalten.

Entwurf eines Wehrgesetzes.

D. Berlin, 24. Jan.

(Schluß.)

§ 27.

Der Reichspräsident kann ausscheidenden Angehörigen der Wehrmacht die Berechtigung zum Tragen einer Uniform mit einem für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen widerruflich gewähren.

Im § 28 heißt es:

Die Angehörigen der Wehrmacht bedürfen der Genehmigung ihrer Vorgesetzten

a) zum Betrieb eines Gewerbes für sich, und innerhalb der Dienstgebäude auch für die Hausstandsmitglieder, sowie zur Uebernahme einer mit einer Vergütung verbundenen Nebenbeschäftigung;
b) zur Verheiratung. Diese Genehmigung wird in der Regel nicht vor Vollendung des 27 Lebensjahres erteilt.

Gegen die Verweigerung der Genehmigung nach Buchstaben a und b ist die Beschwerde zulässig.

§ 29

regelt das Verfahren bei vermögensrechtlichen Ansprüchen aus dem Dienstverhältnisse, für die der ordentliche Rechtsweg offensteht.

Im § 30 heißt es:

Die Angehörigen der Wehrmacht können die Uebernahme des Amtes eines Vormundes (Gegenvormundes, Pflegers, Beistandes) oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Reichs-, Landes- oder Gemeindedienst ablehnen.

§ 32.

Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen sich innerhalb des Dienstbereichs politisch nicht betätigen.

Den Soldaten ist die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten.

Für die Soldaten ruht das Recht zum Wählen oder zur Teilnahme an Abstimmungen im Reiche, in den Ländern oder in den Gemeinden. Die Vorschriften des Friedensvertrages vom 20. Juni 1919 über die Berechtigung zur Teilnahme an den darin vorgesehenen Abstimmungen bleiben unberührt.

§ 33.

Nichtpolitischen Vereinen dürfen die Soldaten angehören, sofern nicht die Zugehörigkeit zu einzelnen dieser Vereine aus Gründen der militärischen Zucht und Ordnung verboten wird. Solche Verbote dürfen nur von den Standortältesten und Schiffskommandanten oder den diesen vorgesetzten Stellen erlassen werden. Gegen das Verbot der Zugehörigkeit zu einem Verein ist Beschwerde bis zum Reichswehrminister zulässig.

Die Soldaten eines Standortes, eines Truppenteils oder der Besatzung eines Schiffes oder Schiffsverbandes dürfen sich untereinander mit Genehmigung der Vorgesetzten versammeln und vereinigen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Versammlung oder Vereinigung ausschließlich wissenschaftlichen, sportlichen, Wohlfahrts- oder Unterhaltungszwecken dient und die militärische Ordnung nicht gefährdet wird.

§ 34

behandelt die Militärtestamente.

In § 35 heißt es:

Die Naturalbezüge der Angehörigen der Wehrmacht und die anstelle der Naturalbezüge gewährten Entschädigungen bleiben nach Maßgabe des § 12 No. 8 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 359) und des § 19 Absatz 7 des Besoldungsgesetzes vom 30. April (Reichs-Gesetzbl. Seite 805) steuerfrei.

§ 36.

Die Angehörigen des früheren Heeres, der früheren Marine, der früheren Schutztruppen, der früheren anerkannten Freiwilligen-Verbände, der vorläufigen Reichswehr und vorläufigen Reichsmarine werden, wenn sie bis zum Abschluß der Bildung der Wehrmacht in diese eingestellt werden, unter Anrechnung der verbrachten Dienstzeit übernommen, jedoch sind für die Gebührnisse das Besoldungsgesetz und das Haushaltsgesetz maßgebend.

Offiziere und Deckoffiziere verpflichten sich vor der Uebernahme zu einer Dienstdauer bis zum vollendeten 45. Lebensjahre.

Unteroffiziere behalten ihre früheren Dienstbezeichnungen und Dienstgradabzeichen, haben aber keinen Anspruch auf dienstgradmäßige Verwendung.

In § 39 heißt es:

Das Militärstrafgesetzbuch vom 20. Juni 1872 wird dahin geändert, daß die Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes durch Dienstentlassung ersetzt wird.

Gerichtlich erkannte Dienstentlassung anstelle der Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes hat außer dem Verluste der Dienststelle den dauernden Verlust der Ordens- und Ehrenzeichen zur Folge.

§ 40.

Die Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden sind verpflichtet, die Militärbehörden bei Anfragen über den Leumund der sich meldenden Freiwilligen sowie bei Nachforschung und Wiederergreifung von Angehörigen der Wehrmacht nach unerlaubter Entfernung, Fahnenflucht und Entweichen zu unterstützen.

In § 43 heißt es:

Abgesehen von der bereits in Kraft befindlichen Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der auf ihr beruhenden Bestimmungen tritt dieses Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Am gleichen Tage treten außer Kraft:

1. Das Gesetz betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienst vom 9. November 1867,
2. das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten vom 31. März 1872, §§ 120/122,
3. das Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874,
4. das Gesetz betr. die Ausübung der militärischen Kontrolle über die Personen des Beurlaubtenstandes, die Uebungen derselben sowie die gegen sie zulässigen Disziplinarstrafmittel vom 15. Februar 1875,
5. das Gesetz betr. Ergänzungen und Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes vom 6. Mai 1880,
6. das Gesetz betr. Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes vom 31. März 1885,
7. das Gesetz betr. Aenderungen der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888,
8. das Gesetz betr. Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes vom 27. Januar 1890,
9. das Gesetz betr. die Wehrpflicht der Geistlichkeit vom 8. Februar 1890,
10. das Gesetz betr. die Ersatzverteilung vom 26. Mai 1893,
11. das Gesetz betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 3. August 1893,
12. das Gesetz betr. die kaiserlichen Schutztruppen in den afrikanischen Schutzgebieten und die Wehrpflicht daselbst vom 18. Juli 1893 mit Ausnahme der Bestimmungen unter §§ 5 bis 17,
13. das Gesetz betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 25. März 1899,
14. das Gesetz betreffend Aenderung der Wehrpflicht, vom 15. April 1905,
15. das Gesetz über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 27. März 1911,
16. das Gesetz zur Aenderung des Reichsmilitärgesetzes vom 14. Juni 1912,
17. das Gesetz, betr. die deutsche Flotte, vom 14. Juni 1900 — in der Fassung vom 27. Juni 1912,
18. Artikel 1 des Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke vom 3. Juli 1913,
19. das Wehrgesetz für die Schutzgebiete vom 22. Juli 1913 mit Ausnahme der Bestimmung unter § 16,
20. das Gesetz zur Abänderung des Reichsmilitärgesetzes sowie des Gesetzes betr. Aenderungen der Wehrpflicht vom 22. Juli 1915,
21. das Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Regelung der Dauer der Dienstverpflichtung vom 21. August 1920.

Vermischtes.

Konzert für Kinder. Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Ein interessantes Experiment machte jüngst ein Arzt. Er hatte ungefähr 50 Kinder aus den verschiedensten Volksschichten zu sich zu einem Konzert gebeten. Kunterbunt sitzt alles in fröhlicher Eintracht durcheinander: der Sohn des Oberlandesgerichtspräsidenten neben dem Pförtnerskindl, eine kleine waschechte Prinzessin neben dem Sohn eines Straßenbahnschaffners und so weiter und so weiter. Ein munteres Gekrabbel durchschwirrt den großen Raum, das jäh abbricht, als die ersten Klänge vernehmbar werden. Das Programm enthält die 4 Namen Händel, Bach, Mozart und Ries. Andächtiges Schweigen lagert über der kleinen Schar (deren jüngstes Mitglied 4, deren ältestes 12 Jahre zählt), als die getragenen Weisen Bachs aufklingen. Die Assoziationen, die sie bei den Kindern, wie eine spätere Umfrage ergibt, erwecken, bringen Schlagworte an den Tag, wie Kirche, Konfirmation, Schulandacht und ähnliche; aber dann kommt mit zierlichen Schritten Mozart angetänzelt. Und hier weicht anfängliche Befangenheit lautem Jubel. Manche wiegen ihren kleinen Körper verstohlen im Tanze, manche suchen die Melodie aufzugreifen und mitzusummen. Und über all den Gesichtern liegt ein helles Leuchten, ein Ausdruck innerer Befriedigung, wie sie so leicht die Zauberkunst eines Meisters der Töne entfachen kann. Man sollte öfter einmal den Kindern leichtfaßliche Musik, d. h. gute Musik, vorsetzen. Es lohnt die Mühe; die Aufnahme bewies es.

Berlin, 25. Jan. Das Tageblatt meldet aus Wien, daß die **Kommunisten** bei den Wahlen der Arbeiterräte abermals eine **schwere Niederlage** erlitten haben.

w. **Kattowitz**, 24. Jan. Heute vormittag wurde die **Stattonskasse** in Rosdzien durch vier Banditen **mit Dynamit in die Luft gesprengt.** Die **Beraubung** der Kasse wurde durch Eisenbahnbeamte und Polizisten **verhindert.** Es wurden vier Verhaftungen vorgenommen. **Ein Bandit wurde getötet.**

Die Qualität ist massgebend
Nabo
D. R. Patent
kostet M. 2.50 per Paket und enthält
beste Seife

4 Tage

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend

In meinen beiden Portal-Fenstern habe ich

Rindbox-Herren- u. Knaben-Stiefel

mit und ohne Lackkappe

zum Preise von Mk. **95.-** bezw. Mk. **85.-**

ausgestellt. – Die Stiefel sind aus bestem Material hergestellt, – Es empfiehlt sich, von diesem außergewöhnlich billigen Angebot Gebrauch zu machen, zumal ich den Preis von Mk. 95.– bezw. Mk. 85.– nur für nebenstehende 4 Tage aufrecht halten kann.

Die Stiefel kosten regulär bis zu Mk. 175.00

Schuh-Haus M. Samson

Bochum, Bongardstraße 11

Marta Liebing
geb. Mischorr
Otto Helf
Verlobte.

Weitmar Bochum-Grumme
den 26. Januar 1921.

Bekanntmachung

gemäß § 25 des Gesetzes über die Wahlen zum Preußischen Landtag (Landeswahlgesetz vom 3. Dezember 1920 (G. S. S. 559) und § 9, Ziffer 5 des Gesetzes, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen vom 3. Dezember 1920 (G. S. 1921 S. 1).

Unter Aufhebung meiner Bekanntmachung vom 7. Januar 1921 über die Unterscheidung der Stimmzettel für die auf den 20. Februar 1921 anberaumten Wahlen zum Preußischen Landtag, zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen (abgedruckt in Nr. 9 des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers vom 12. Januar 1921) bestimme ich folgendes:

1. Die Stimmzettel sollen eine Aufschrift tragen, aus der sich ergibt, für welche Wahl sie bestimmt sind („Landtag", „Provinz", „Kreis"). Die Aufschrift kann sich auf eine einzelne Wahl oder auf eine Mehrheit der gleichzeitig stattfindenden Wahlen beziehen.

2. Werden Stimmzettel ausgegeben, die für eine Mehrheit der gleichzeitig stattfindenden Wahlen (Landtag, Provinz, Kreis) bestimmt sind und eine entsprechende Aufschrift tragen, so ist es für die Entscheidung über die Gültigkeit der Stimme ohne Belang, in welchen der für Landtag, Provinziallandtag und Kreistag bestimmten Wahlzettelumschläge die Stimmzettel gesteckt sind.

3. Es ist zulässig, die Aufschrift auf dem Stimmzettel ganz oder teilweise zu streichen, letzteres, soweit dadurch kein Widerspruch zu dem Aufdruck des Wahlumschlags herbeigeführt wird. Wird für die Wahlen zum Provinziallandtag und zum Kreistag nur ein Stimmzettel abgegeben, so gilt der Stimmzettel als für beide Wahlen abgegeben, sofern sich nicht ausdrücklich aus der Aufschrift das Gegenteil ergibt.

4. Stimmzettel ohne Aufschrift sind solchen gleichzustellen, bei denen die Aufschriften durchstrichen sind.

Berlin, den 14. Januar 1921.

Der Minister des Innern.
Severing.

Amt Weitmar.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der neuen Milchkarten für Säuglinge, Kinder bis zu 3 Jahren, Kranke und alte Leute findet wie folgt statt:

Bezirk I am Donnerstag, den 27. Januar, vorm. von 9 bis 12 Uhr, in der Wirtschaft Holler;

Bezirk II am Donnerstag, den 27. Januar, vorm. von 9 bis 12 Uhr, in der Wirtschaft Vollerberg;

Bezirk III am Donnerstag, den 27. Januar, nachm. von 3 bis 5 Uhr, in der Wirtschaft Opphoff;

Bezirk IV am Freitag, den 28. Januar vorm. von 9 bis 12 Uhr, in der Wirtschaft Glahn.

Um pünktliche Abholung der Karten wird dringend ersucht.

Der Gemeinde-Vorsteher J. V.: Oberländer.

Nähmaschinen-Reparaturen
werden am besten und billigsten ausgeführt beim Fachmann.
Hans Schulte
Nähmasch.-Mechaniker, Nähmaschinen- u. Fahrradhandl. Kaiserstr. 57

Verlobungs-Ringe
Alpaka-Taschen
Große Auswahl
Billig
Goldschmied Langen,
Humboldtstr. 27. Tel. 2403
Besichtigen Sie meine Schaufenster

Klaren,
Münsterländer,
Doppel-Alter,
Doppel-Wacholder,
Steinhäger,
Trester,
Weinbrand,
Rum, Arrac, Punsch.
Liköre:
Cherry-Brandy,
Kümmel,
Kartäuser,
Curaçao,
Eier-Cognac
empfiehlt
Albert Janzik,
Maarbrückerstraße 12.

Ehevermittlung „FORTUNA"
Bochum, Märkischestraße 10
Gegründet 1912
Inhaberin: Frau B. Wysocki.
vermittelt vornehme, sowie Ehen jeden Standes streng reell und diskret. Rückporto. Günstige Gelegenheit für Damen.

Neues Schlafzimmer preiswert zu verkaufen. Clemensstr. 31, III.

Bettfedern
Halbdaunen - Daunen
je nach Qualität 16.50, 19.50, 24.50, 29.50, 34.50, 39.50 bis 150.— Mk. per Pfund. Nur beste, ausgelesene staubfreie Qualitäten.
Daunen - Köper
echt rot, pr. Qualität, federdicht,
84 130 150 cm br.
v. 39.50 59.50 69.50 an
Oberbetten 265, 350, 425, 650 M.
Unterbetten 245, 325, 375, 650 M.
Kissen 19,50 95, 125 bis 250 M.
Bei Nichtgefallen Geld zurück. Katalog frei. Viele Dankschreiben. Porto u. Verpackung gratis.
Betten - Bettfedern
Engros - Detail - Versand.
A. & M. Frankrone
Cassel 36.



Torpedo-Schnellschreib-Maschine
neuestes Modell, sofort ab Lager lieferbar.
Alleinvertreter: **Heinrich Brüll,** Bochum, Wolherstr. 46 Fernsprecher Nr. 2243.

Deutscher
Schäferhund
durch meinen Zwangseinmieter mitgeführt und am Stadttheater Samstag morgen verjagt, ist
abhanden gekommen.
Hört auf „Luna". Wiederbringer erhält
500 Mark Belohnung.
Fröhling, Bochum, Parkstraße 13.

Städtisches Arbeitsamt
Bochum, Iranigasse Nr. 7, Eingang E. Scharpenseel-Brauerei.

Die männliche Abteilung
Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 64, sucht:
Kollektorbauer, Maurer, Schreiner, Akkerkn chte, Anz igenfeuer.

Abteilung für Lehrlinge:
Kaufmann, Zeichner, Klempner u. Installateure, Schmiede Maler und Anstreicher, Lackierer, Friseure, Former, Schlosser, Werkzeugmacher.

Die weibliche Abteilung:
Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 86, sucht:
Haus-, Zweit- und Küchenmädchen, 1/1-, 3/4- und Tagesmädchen, Stützen, ältere und jüngere Mädchen für ländliche und städtische Haushaltungen nach auswärts, eine Weißzeugnähterin für Restaurant, eine perfekte Wiener Plätterin mit Sprachkenntnissen, gelernte Verkäuferin für Kolonialwarengeschäft, tücht. Schneiderhilfskräfte.

Ein mit der Zechenbuchhaltung durchaus vertrauter, unbedingt bilanzsicherer
Buchhalter
gesucht. Nur wirklich qualifizierte u. flotte Arbeiter wollen sich mit Angabe der Zeit des Eintritts melden unter Nr. 1478 a. d. Geschäftsstelle d. Stg.

Tücht. Reisevertreter
zum Besuche von Landwirten u. Viehhaltern für eine landwirtschaftl. Zeitung mit kostenloser Viehversicherung für mehrere Bezirke geg. hohe Provision gesucht. Nur redegewandte Herren kommen in Frage. Angeb. unter E. F. 2355 a. d. Ann.-Exp. Ersenkämper & Cie., Wilhelmsplatz 8.

Mehrere tüchtige
Verkäuferinnen
für Kleiderstoffe u. Seide per 1. März gesucht.
Gustav Kaufmann,
Kortumstr. 7.

Friseuse
1. Kraft, gesucht.
Aug. Keßler, Wanne
Hindenburgstraße 153.

Zum mögl. sofortigen Eintritt wird ein
jüng. Kontorist oder Dame
mit guter Kontorpraxis gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf u. Zeugnisabschriften erbeten u. Nr. 1510 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Für sofort tüchtiges
Mädchen
gesucht. Gute Behandlung Wäsche a. d. H.
Frau Lektor Linsen, Gobesberg, Bismarckstr. 3.

Hohes Einkommen.
Erstklassige Alleinvertretung
mit außerordentlich hohem Einkommen soll an org. befähigten Herrn vergeben werden. Branchekenntnisse nicht nötig. Erforderlich ca. 20000 Mark bar. Ausführliche Angebote unter Nr. 1533 an die Geschäftsstelle d. Stg.

Von einer erstklassigen Lebensversicherungs-Akt.-Ges. werden für den Ausbau der Organisation für alle Zweige des Versicherungswesens strebsame
Außenbeamte
im Haupt- oder Nebenberuf für Platz und Reise gesucht. – Auch finden einige tüchtige
Ortsagenten oder Ortsvertreter
im Nebenberuf Anstellung. – Weitgehende Unterstützung wird gewährt u. ergeben hohe Bezüge bei fleißiger Arbeit eine sichere Lebensstellung. Auch Nichtfachleute werden schnellstens eingearbeitet u. finden Anstellung nach kurzer Probezeit. Bewerbungen sind zu richten unter Nr. 1532 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Hiesiges großes Unternehmen sucht zum baldigen Eintritt für sein kaufmännisches Büro einige tüchtige, zuverlässige
Damen
die höhere Schulbildung besitzen, perfekt stenographieren und die Schreibmaschine bedienen. Solche, die bereits auf ähnlichen Werken tätig gewesen sind, erhalten den Vorzug. Bewerbungen von Anfängerinnen zwecklos. – Ausführliche Anerbieten mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften, Eintrittstermin unt. C. 2568 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Für Querenburg
wird eine zuverlässige
Zeitungsbotin
gesucht. Meldungen in unserer Geschäftsstelle.
Märkischer Sprecher.

Stellengesuche

Portier
sucht Stellung. Off. unt. K. J. 45 an die Geschäftsstelle d. Stg. erb.

Verkäufe

4 Einfamilienhäuser
mit Stallung und Garten in Minden zu verkaufen.
Anfrag. Postschließfach 23 Minden i. W.

Damenfriseurgeschäft
nebst Wannenbädern krankheitshalber zu verk. Wanne, Hindenburgstraße 153.

Ehehen **Schlafzimmer und Küche**
neu, preiswert zu verkaufen. Alsenstr. 9.

Gutgehende Zahnpraxis
in kleiner Industriestadt Westfalens krankheitshalber, sofort zu vermieten oder zu verkaufen. Off. unter R. G. 1500 an die Geschäftsstelle dieser Stg.

Schränke,
Fenstertritt, Gastrone, Meyers Konversations-Lexikon billig abzugeben.
Rottstr. 20.

Kastenwagen
mit Kutscher-Coupee, kräftig gebaut, für 1 und 2 Pferde, gut erhalten, für Bäckereien, Flaschenbierhandlungen, überhaupt als Lieferwagen für sämtliche Branchen brauchbar, zu verkaufen. Angebote unt. Nr. 1525 an die Geschäftsst. d. Stg.

Stroh und Holzwolle
hat abzugeben
Kersting, Bochum, Markplatz 6/7.

Verschiedene
Bekleidungsgegenstände
und fast neue Brotmaschine billig zu verkaufen.
Heckerstr. 33.

1 Paar neue
Kernleder-Grubenschuhe
zu verkaufen.
Dorstenerstr. 393.

Eleg. Plüschgarnitur
Sofa und Sessel, Tisch, eichener Prunkschrank, Spiegel (Friedensware) alles wie neu, billig zu verk. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Zeitung

Verloren

Dienstag morgen, den 25. Jan., von Weitmar, Augustastr. über Schul-, Hattinger-, Bahnhof-, Brüderstr., Trankgasse bis Wittenerstr. 18 eine echte ungeschliffene Bernsteinkette verloren. Gegen Belohnung in Weitmar, Augustastr. 19 part. oder Wittenerstr. 18 abzugeben.

Vermietungen

Schlafzimmer
mit 2 Betten und daran anschließendem Wohnzimmer u. Wintergarten, gut möbliert u. in bester Lage, zu vermieten (inkl. Morgenkaffee u. Mittagessen). Off. unt. K. L. 115 an die Geschäftsstelle d. Z.

Miets-Gesuche

Suche für 3–4 Wochen nettes
möbl. Zimmer
Nähe Zentrum. Offerten an Zigarren-Geschäft
Schauff, Hochstraße.

Kaufm. Beamter sucht in ruhigem Hause ein od. zwei
möbl. Zimmer
mit guter Verpflegung, eventl. nur mit Morgenkaffee u. Abendbrot. Gefl. Angebote mit. K. A. 128 an die Geschäftsstelle des Märkischen Sprechers.

Delikatessen-Geschäft
zu kaufen, od. Laden mit oder ohne Einrichtung zu mieten oder zu kaufen gesucht an nur verkehrsreicher Straße. Off. unt. Nr. 1531 a. d. Exp. d. Bl.

Offene Stellen

Nebenverdienst! Herren u. Damen verd. mtl. 1500 M. Leichte Hausarb. Tägl. 2–3 Std. Streng reell. Muster u. Anleitg. geg. 4 Mk. Paul Buße, Oble i. W. 22.

Provisionsreisende
(eventl. mit Kolonne) für fabelhaft absetzbar. Buch, das gekauft wird, weil Zwang besteht, f. Bochum und Umgegend gesucht. Leute mit etwas Kapital erfahren näher. bei Heinrich Friedrichs, Essen-Ruhr, Hellerstraße 2.

Halbtagsmädchen
gesucht. Marth. str. 12, pt. (neuer Stadtpart).

Intimes Theater

J.T.

Bochum, Kortumstr. 10

Freitag, den 28. Januar

Ehren- u. Abschieds-Abend

für Deutschlands bestes Tänzerpaar

Mary & Harry Doublon

u. a.

Vorführung des neuesten Modetanzes „Shimmy".

Frühes Kommen sichert guten Platz.

Städtisches Orchester :: Bochum

Mittwoch, den 26. Januar, nachm. 4 Uhr

Solistisches Nachmittagskonzert

Leitung: Konzertmeister Hans Treichler.

Solisten: Hermann Busch (Cello), Johannes Berg (Oboe).

Werke von Mendelssohn, Mozart, Volkmann, Beethoven, Klughardt, Spinelli und Chopin.

Eintritt spreis 2.- M., Kinder die Hälfte

Großer Parkhaussaal Bochum

Dienstag, den 1. Febr., abends 8 Uhr

Konzert Ibolyka Gyarfas

Deutschlands erste Geigenkünstlerin.

(Rust, Goldmark, Chopin, Wieniawski, Kreisler, Sarasate.)

Karten: 1. Platz 12,00 M., 2. Platz 10,00 M., Schülerkarten 3,00 M. (einschl. Steuer)

Vorverkauf: Buchhandlung Hengstenberg, Kortumstraße. Kassenöffnung 7 Uhr.

Zentral-Kaffeehaus

Heute Mittwoch abend

Karnevalistisches Sonder-Konzert

Ausbildung zum Chauffeur

erfolgt für jedermann in der Bochumer Chauffeur-Schule. Annahme Schillerstraße 45. Eintr. jederzeit

---



Achtung! Achtung!

Etwas für Wirte u. Wiederverkäufer

als

Tabak per Pfd. Mark 16.50 18.- 21.- 22.- **24.-**

Zigaretten . . . . . von Mark **210.-**

per Mille, bei Abnahme geschlossener Mille gibt es ein Spiel Karte gratis.

Tabak-Großhandl. W. Pniewski, Allestr. 128. Fernruf 3914.

Bitte auf die Hausnummer genau zu achten.

Klavier-Geldschrank-

Transport oder Umstellen besorgt

Heinrich Pardon, Hermannshöhe 2a. Tel. 2189.



Elektr. Licht- u. Motor-Anlagen

im Anschluß an das Elektrizitätswerk Westfalen und an das Elektrizitätswerk der Stadt Bochum.

Klingeln, Türöffner, Fernsprech- und Blitzableiter-Anlagen.

Reparaturen werden prompt erledigt.

Otto Krancher Bochum

Spezial-Geschäft für Elektrotechnik

Kaiserstr. 59

Tel. 804 u. 3504.

Stadttheater Bochum.

Mittwoch, 26. Ja. 7½-10¼ A. 13 „Jugend". Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.

Am Freitag, 28. Januar wird statt „Rigoletto" in Vorrecht Vormiete C:

„Der Wildschütz"

von Albert Lortzing gegeben.

Operettentheater Bochum.

Mittwoch: Geschl. Vorstellung für christl. Gewerkschaft.

Der fidele Bauer

Donnerstag: Geschl. Vorstellung für freie Gewerkschaft.

Der fidele Bauer

Freitag und folgende Tage 7¼ Uhr:

Zum ersten Male:

Der letzte Walzer.

Operette in 3 Akten. Musik von Oskar Strauß.

Sonntag 3½ Uhr:

Willis Frau!

Heiteres Familienstück in 3 Akten.

Zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen von 5.50 M., 4.00 M. u. 3,00 M.

Musik-Instrumente

jeder Art zu billigen Preisen.

Grosse Auswahl.

Nur reelle und gute Ware gelangt zum Verkauf.

Teilzahlung gestattet.

Reparaturen jeder Art schnell u. billig.

Bochumer Musik-Zentrale

Körding u. Schwarz

Rottstrasse 46.

Polster-Material

wie Bindfaden, Seegras, Sprungfedern, Nägel, Gurte, rotem Rat a. Werk-Drell in mehreren Preislagen, Ledertuch schwarz und braun, Wäscheleine, Gardinenschnur usw. alles gute Ware preiswert.

A. Thiel,

Humboldtstraße 52.

Ein gutes Buch

billig zu lesen

Leihbibliothek

Friedrichstr. 26

Eckstein-Zigaretten Nr. 5

wieder eingetroffen.

Moritz Wallburg,

Bochum, Hernerstr. 176 Fernruf Nr. 711

Tabakwaren-Großhdlg.

Neu entdeckte Heilkur g. Gicht, Rheumatismus, Ischias u. Adernverkalkung

durch eine ganz einfache Hauskur ohne Berufsstörung, ohne besondere Diät, auch im Winter anzuwenden. Gegen Einsendung von 60 Pfg. in Marken für Porto u. Papierunkosten sende ich Ihnen die vollen Beweise zu, wie im Jahre 1919

3000 Leidende Heilung fanden

sonst entstehen Ihnen keine Unkosten. Sind Sie schwer oder nur leicht leidend, so senden Sie Ihre Adresse an **Heinrich Webler** Spitau i. Hann.

Große

Geld-Lotterie

zu Gunsten der Kriegs-Gefangenen-Heimkehr

Ziehung v. 23. Februar bis 1. März

26670 Geldgew. i. Btrg. v.

Einer Million Mark

1 Gewinn	v.	250 000 M.
1	„	100 000 „
1	„	50 000 „
2	„	25 000 „
5	„	10 000 „
15	„	5 000 „
50	„	1 000 „

Lose zu 6 Mark

Porto und Liste M. 1.— gegen Voreinsendung d. Betrages, oder gegen Nachnahme M. 1.- mehr, durch Lotterie-Zentrale

A. Heinrich Koch

Hamburg 36

Postscheckkonto 32435

Ein günstiges Angebot in

Herren-Maßbekleidung

aus besten deutschen und englischen Stoffen

Anzüge zu

1950.- 1900.- 1800.- 1600.- 1450.- 1350.- 1250.-

Für tadellosen Sitz, beste Zutaten, erstklassige Verarbeitung übernehmen wir die Bürgschaft.

Ludwig Clemens, Bochum

Zahnpraxis Jacobi

Alleestr. 36 / Telefon 477

Anfertigung der gesamten Technik, wie Kronen, Stiftzähne, Brücken, Keramik, Obturatoren. — Richten schiefsitzender Zähne. — Eigenes Laboratorium.

Spezialität: Festsitzend plattenloser Zahnersatz.

Nur an Wiederverkäufer liefere

Feinstes

amerikanisches Schweineschmalz

Kunerolmüller / Bochum

Telephon Nr. 3500 und 3501. Geschäftsräume: Kortumstraße 23

Kohlen und Koks

liefert gegen Bezugscheln für Industrie- und Hausbrand pünktlich und billigst

Bochumer Kohlen-Kontor

Humboldtstr. 53 u. Südhellweg 2—8

Fernsprecher 3817 und 3818

Hosen

Um meinen Frühjahrs-Neuheiten Platz zu schaffen, stoße ich heute u. folgende Tage einen größeren Posten **Hosen zu außerordentlich herabgesetzten Preisen** ab.

u. a.

Starke Arbeitshosen

Restposten eleg. Cutawayhosen

Außerdem gelangt wegen Aufgabe des Artikels ein kleiner Vorrat neuer und getragener, aber sehr gut erhaltener **Anzüge und Ulster** (Friedensware) zum Verkauf.

Ich weise besonders auf meine Schaufenster-Ausstellung hin. Es lohnt sich selbst der weiteste Weg!

Bochumer Hosenhaus Hernerstr. 6

Telephon 2185 Haltestelle Kortländer Linie 2 und 6.

Mais (La plata) pro Ctr. 170.— M.

Maismehl rein pro Ctr. 185.— M.

Gleichzeitig bringe ich meine anerkannt guten Branntweine zur Empfehlung wie

Cognac
Steinhäger
Wacholder
Münsterländer
Klaren

Hugo Boss

Mühle u. Brennerei

Weitmar, Oststr. 3

Umsatzsteuer!

Ausk., Berat., Offiziellk. auch kl. Betrieb. v. Steuerfachmann Dr. jur. Mäß. Honorar, evt. pers. Rücksprache. Vertrauensvolle Anfr. unter Nr. 1526 an die Exped. d. Ztg.

Weinbrand Asbach Uralt

Goldstück

Scharlachberg

Macholl

empfiehlt billigst

Emil Trass Nachf.

Wilhelmsplatz 9.

Jutesäcke

prima, direkt ab Fabr. enorm billig!

1½ Ztr. Mk. 10,85

2 Ztr. Mk. 13,25

Musterdutz. gegen Nachnahme.

Martins & Block A.-G.

Hamburg 1, Bankestraße 58

Säcke- u. Deckenfabr.

Verschossene

Damenkostüme, Mäntel, Jacketts

werden wie neu in allen Farben aufgefärbt.

Färberei

Galluschke

Waschanstalt.

Läden in allen Stadtteilen.

Hausierer, Händler und Private!

Prima weiße

Aufnehmer

50 und 80 cm Schnittlänge, per Stück

Mk. 5,60

Muster-Pakete unter Nachnahme.

Firma van Gestel,

Hattingen-Ruhr

Bismarckstrasse 4

Schuhmacher-Maschin.

werd. fachgemäß repariert

Rengelken, Weitenbr. 13

Selbstgeber gibt Darlehen in jeder Höhe an sichere Personen jeden Standes.

Inhs. Schröder, Werne

Kreis Bochum, Friedrichstraße 42

Altpapiere Geschäftsbücher usw.

kauft ständig zu höchsten Tagespreisen

F. Schulte-Ladbeck Papierwerk Wiemelhauserstrasse 38.

Kranken-behandlung!

Die Blänsdorf'schen elektro-galvanischen Mildstrom-Apparate haben sich seit Jahren in der Heilung folgender Krankheiten bestens bewährt: Kopf-, Hals-, Brust-, Magen-, Bauch- und Hautkrankheiten, Hämorrhoiden, Frauenleiden, Bleichsucht, Blutarmut, Blasenleiden, Verletzungen und Verbrennungen, Rückenmarkskrankheiten, Nervenleiden, Rheumatismus, Gicht, Ischias, Lähmungen, Fallsucht, Kinderkrankheiten, Fettsucht usw.

Behandlung schmerzlos.

Auch Gesunde sollten sich von Zeit zu Zeit einer elektro-galvanischen Kur unterziehen; sie reinigt das Blut, stärkt die Nerven und verleiht dem Körper neue Kraft und neuen Lebensmut.

Behandlung und Vorführung durch eine staatlich geprüfte Krankenschwester. — Apparate sind auch leihweise und käuflich zu haben. Bücher mit 100ten von Heilerfolgen liegen im Geschäftslokale

Bochum, Humboldtstraße 56 zur Einsicht offen.

Landwirte!

Ammoniak-Superphosphat 4×8

Chlorkalium, hochprozentig (52%)

empfiehlt für sofortige Lieferung ab Lager.

A. Barenberg

Bochum, Kreuzstraße 11.

Trauerhüte
Trauerschleier
Regenhüte
Uebergangshüte

schick und preiswert.

H. Posner, Bochum, Kortumstr. 10

im Kortum-Haus, über'm „Intimen Theater". Bitte auf Straße u. Haus-Nr. achten.

Korbsessel

wegen Platzmangel 20% Extra-Rabatt

Etagengeschäft Scheidemann

Kaiserstr. 57/II, neben Handelshof

Schmitt-Patent

PIANOS

Hervorragende Qualität

Zeugnis berühmter Musikautoritäten

Lieferung direkt ab Fabrik

Auf Wunsch Teilzahlung

Flügel Harmoniums Einbau-Pianos

Carl Schmitt, Hagen i. Westf.

Hofpianofabrik.